Betrieb und Wirtschaft

Gewerkschaftliches

Eine empfehlenswerte Schuhfirma.

Bei der Schuhfirma Leiser wurde ein Mitfahrer fristlos entlassen, weil er sich weigerte, mit einem faschistischen Speichellecker zusammenzuarbeiten. Das Fahrpersonal nahm sofort dazu Stellung und drohte mit Arbeitsniederlegung. Auf Anraten des Verkehrsbundes wurde aber beschlossen, weiter zu arbeiten. Am nächsten Tage wurde aber aus demselben Grunde wieder ein Fahrer entlassen. — Die Belegschaft ist durch Tarif gefesselt, wenn sie sich gegen diese Provokation wehrt, so ist das ein „wilder" Streik.

Ein Streik um den Tariflohn.

Bei der Firma Hornemann, Neuenburger Straße, beschloß die Belegschaft geschlossen in den Streik zu treten, weil die Firma sich weigerte, die Tariflöhne zu zahlen. Bisher hatte sich niemand darum gekümmert. Die Firma bestreitet, daß sie zahlen müsse. Es sei ein Irrtum mit dem Tarif. Der Außenbeamte des DMV. gab zu, daß der Vorstand sich geirrt hätte!

Nach den Drehern und Rohrlegern die Bauschlosser?

Aus der Branchenversammlung hatten die Bonzen ein Mitglied hinausgeworfen, weil es über die Instanzenpraxis verwundert war. Die Belegschaftskollegen der Firma Lehmann & Peyerabend erließen deshalb mit 77 gegen 3 Stimmen folgende Warnung:

„Die am 10. September 1929 tagende Betriebsvollversammlung der Firma Lehmann & Peyerabend, Berlin-Lichtenberg, Herzbergstr. 127, erhebt schärfsten Protest gegen die Vergewaltigung der Mitgliederrechte betreffs der letzten Branchenversammlung, die am 5. September in den Germaniasälen stattfand.

Wir Kollegen sind der Ansicht, daß der Kollege Bensch noch im Recht war, die Branchenversammlung zu besuchen, trotz der Willkürmaßnahmen der Kollegen Urich und Fuchs. Wir möchten die beiden letztzteननnten Kollegen davor warnen, nicht mit uns so umzuspringen wie bei den Rohrlegern und Drehern."

Konzentration in den Gewerkschaften

Der Verkehrsbund, der Staats- und Gemeindearbeiterverband und der Gärtnerverband werden sich demnächst zu einer gemeinsamen Organisation zusammenschließen.

Zwischen dem Metallarbeiterverband und Fabrikarbeiterverband ist ein Kartellvertrag abgeschlossen mit dem Zweck, strittige Agitationsgebiete abzugrenzen, sowie in den Betrieben und Industriezweigen, in denen beide Verbände Mitglieder haben, ein gedeihliches Nebeneinanderarbeiten zu bewirken."

Der Kartellvertrag bezweckt also die Ausschaltung der Konkurrenz, der Zusammenschluß schafft eine größere Gewerkschaft. Die größeren Verbände bedeuten nichts als eine größere Fessel für die Arbeiter. Nicht auf die Größe einer Organisation allein kommt es an, sondern auf ihr Ziel und auf die Grundsätze ihrer Stellung und ihrer Kampfesweise gegen das Kapital. Die kleineren Gewerkschaften vor 20—30 Jahren zwangen sehr oft das Kapital in die Knie und holten Verbesserungen heraus, die Jahre hindurch vorhielten. Die Millionenverbände von heute vermögen das nicht mehr, weil sie mit dem Kapital auf Gedeih und Verderb verbunden sind und sich verantwortlich für die „Wirtschaft", d. h. für das Kapital fühlen, nicht für das Proletariat.

Eine Erinnerung

Die Gewerkschaften bekamen 10 Millionen Mark von der Bürgerblockregierung.

Welchen Wert die Gewerkschaften für die Bourgeoisie als Prellbock zwischen Arbeit und Kapital haben, das muß man den Arbeitern immer wieder an handgreiflichen Dingen beweisen:

Vor 2 Jahren, Ende August 1927, beschloß die Regierung Marx, den Gewerkschaften 10 Millionen Mark zu schenken. Es erhielten die „freien" Gewerkschaften 5 Millionen Mark, die Christen 3 und die Hirsch-Dunckerschen 1 Million. Ein Kuratorium von 5 Vertretern der Gewerkschaften und einigen Parlamentariern (darunter Deutschnationale) erhielt 750 000 Mark für Jugendherbergen und 250 000 Mk. wurden den Produktivgenossenschaften gegeben.

Ueber die Verteilung der Bestechungsgelder wurde in 3 geheimen Sitzungen zwischen Gewerkschaftsvertretern und der Regierung verhandelt, wo man sich über den obengenannten Verteilungsschlüssel einigte. In diesen Sitzungen wurde auch beschlossen, daß die Gelder nicht an irgendwelche Mitglieder verteilt, sondern zum Ausbau der Verwaltungsapparate verwendet werden müssen.

Nach Bekanntwerden dieses Korruptionssumpfes versuchte die Gewerkschafts- und sozialdemokratische Presse diese offenbare Bestechung als Entschädigung für erlittene Schäden im Ruhrkrieg hinzustellen. Das stimmt nicht. Soweit die Gewerkschaften während des Ruhrkrieges durch Beschädigung von Gewerkschaftshäusern usw. Schaden erlitten haben, ist es selbstverständlich (!? Red. d. „KAZ."), daß sie eine Entschädigung von der Regierung erhalten. Aber soweit solche Schäden während des Ruhrkrieges eingetreten sind, wurden sie längst sowohl den Gewerkschaften, wie auch der Sozialdemokratischen wie der Kommunistischen Partei von der Regierung ersetzt, wie die „Rote Fahne" vom 2. September 1927 mitteilt. Und die KPD. muß das wissen, denn sie war selbst bei dem Schacher, in der auch sie für ihre Zutreiberdienste bestochen wurde.

Millionen Proletarier haben Leben, Gesundheit, ihre erbärmliche Habe geopfert oder beschädigt. Als sie sich auflehnten dagegen, wurden sie niedergemacht oder in die Zuchthäuser gesteckt. Wenn die kapitalistische Regierung den Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien ihren Schaden mit Millionen Mark bezahlt und den Gewerkschaften noch 10 Millionen, so tut sie dies im Bewußtsein, daß sie sich verzinsen werden. Daß diese Organisationen dem Kapital ernstlich Widerstand leisten werden, das kann nur ein Schwachkopf glauben.

Ein neuer Welttrust

Seife und Margarine.

Der holländische Margarinetrust hat den englischen Sunlicht-Seifenkonzern, die Lever Bros Co. „geschluckt, einen der größten Konzerne der Welt. Der Kleine fraß den Großen! Es passiert zuweilen, daß ein verhältnismäßig kleiner Fisch einer großen fischenden Schlange den Garaus macht. Die Schlange hat im Wasser keinen Widerstand, um sich wehren zu können, wenn ein kleiner Fisch mit großem Maul ihren Kopf packt und sie erstickt.

Der Sunlichtkonzern war in Seife der größte und stärkste der Welt. Aber er hatte sich auf ein ihm, in den Rohstoffen wohl verwandten, aber ihm wesensfremdes Gebiet, auf das der Margarine begeben. Das war das Gebiet, auf dem ihm der Kleinere, auf dem Gebiete der Margarine allerdings wieder der größte Trust der Welt, überlegen war, und ihm die Luft absperren konnte.

Der holländische Margarinetrust entstand erst vor etwa zwei Jahren durch den Zusammenschluß der sich bis dahin heftig bekämpfenden beiden größten Margarinetrusts Jürgens u. Prinzens und van den Bergh. Scheffelten die beiden Riesen schon bis dahin Gold im Großen trotz des heftigen Konkurrenzkampfes, so war nach dem Zusammenschluß die Bahn frei für jeden 100-prozentigen Wucher an den Aermsten der Armen.

Da an diesem Unzeug so ziemlich alles Verdienst ist, häuften sich die Profite dermaßen, daß der Trust im Sturmschritt fast jede Konkurrenz in Mittel-, Süd- und Osteuropa aus dem Felde schlug, sie aufkaufte oder sonst schachmatt setzte durch seine raffinierte Reklame.

Als erste Großtat gliederte sich der Holländer den böhmischen Schlicht-Konzern an, der in Aussig große Seifen- und Margarine-Werke betreibt und sich die deutschen Schokoladenfabriken Reichhard und Gaedke in Hamburg und Hauswald in Magdeburg sowie die Parfümeriefabrik Elida in Leipzig angegliedert hatte. Nach diesem Zusammenschluß bestritt der holländische Margarine-Konzern 70 Prozent des deutschen Margarinebedarfs und einen ins Gewicht fallenden Teil der Seifen-, Parfümerie- und Schokoladerproduktion.

Der größte Ramsch — der Weltgeschichte überhaupt — war allerdings die jetzige Angliederung des Sunlicht-Konzerns. Er übertrifft noch, am Kapital und an den Produktionsanlagen gemessen, den Aufkauf der AEG. durch die amerikanische General Electric Co. Der holländische Margarine-Trust hat heute fast 400 Fabriken in mehr als 20 Ländern und ist buchstäblich über die ganze Welt vertreten, in Margarine hat er ein fast lückenloses Weltmonpol.

Der Sunlicht-Konzern war (resp. ist, denn äußerlich wird der Zusammenschluß wohl kaum sichtbar werden) mit seinen 2,2 Millionen Tonnen Umsatz im Werte von 1,5 Milliarden Reichsmark und 200 Millionen Reichsmark Reingewinn an sich schon eine der größten Kapitalmächte der Welt, entstanden in einem Zeitraum von knapp 50 Jahren aus einer kleinen Seifensiederei, die von einem Mann alleine in einem gemieteten Kellerloch betrieben wurde. Der Aufstieg ist so typisch für die Gattung der „guten und gerechten" Kapitalisten für die Sozialdemokratie und Gewerkschaften sich ins Zeug legen, daß er in großen Zügen aufgezeigt werden muß.

Ein gewisser Hesketh Lever, Kolonialwaren-Commis seines Zeichens, der vor etwa 2 Jahren als Lord Leverhulme verstarb, machte verschiedene Male mit seinem Krämerladen bankrott und warf sich in der höchsten Not auf die Fabrikation von Seife. Auch hiermit machte er wiederholt bankrott, ließ aber nicht locker und bezamm immer wieder von neuem. Er brachte es zu einem kleinen gemieteten Fabrikgebäude mit einer Anzahl Arbeiter, kam aber aus dem Jammer nicht heraus. Als es weder aus noch ein ging, verfiel er auf den Gedanken den Arbeitern einen Teil des Reingewinnes zu versprechen, wenn es welchen geben werde. Das zog. Die Proleten sahen in ihm den „guten und gerechten Arbeitgeber" und schufteten auf Teufel komm-raus. Ein vielversprechender Name: Sunlicht, d. h. Sonnenlicht, wurde gewählt, es kam ein Profit ein, der eine pompöse Reklame gestattete. Jetzt ging es bergauf.

Nach und nach entstanden Fabriken in Deutschland, der Schweiz, Amerika, Afrika, Australien, China, Indien usw., und daneben Palmen-Plantagen in Afrika und Wallängereien für die Fettgewinnung, für die Abfallverwertung Futtermittelfabriken und — da Margarine von Seife und Futtmittel und Abfall nicht sehr verschieden ist — Margarinefabriken. Lever baute, wurde Lord Leverhulme und errichtete neben seinen Fabriken eine ganze Stadt Port Sunlicht — für seine Arbeiter mit eigenen Schulen und Krankenhäusern, Bibliotheken und Vortragssälen, Sportplätzen, Theatern, Kinos, Kirchen, Apotheken und Aerzten, abgeschlossen von der Welt, wie in ein Zuchthaus. Jeder Arbeiter hat „sein Häuschen mit Gärtchen", das ihn neben einer „kostenlosen" Lebensversicherung fester an Port Sunlight kettete wie le eine schmiedeiserne Kette einen Sträfling an „seine" Galeere. Sunlight hat das Anrecht auf die Neugeborenen, die fürs Seifenkochen zurechtgestutzt und als abgenutztes Inventar später durch Lever Bros. Co. auf deren Bezirksfriedhofplatz begraben werden. Abgesehen davon, daß ein Aufbegehrender in demselben Augenblick ein Vagabund auf der Landstraße wäre (wenn ihm nichts schlimmeres passierte), ist ein Murren gegen den Groß-Sklavenbesitzer ideologisch undenkbar und seltener als ein Kopfsprung eines Glöckners vom Kirchturm. In Port Sunlicht herrscht also Wirtschaftsdemokratie in allerhöchster Potenz. Das Ideal der deutschen Gewerkschaften ist dort erfüllt. Ein Land, dem manche alte Zuchthäuser „Lebensländliche" anhängen, die sich weigern, das Zuchthaus zu verlassen, wenn irgend ein plötzlicher Zufall sie in die „Freiheit" verstoßen will.

Mehr als die Hälfte der kapitalistischen Welt ist schon aufgeteilt an ein reichliches Dutzend Trusts: Schwedischer Zündholztrust, Margarinetrust, General Electric Co., Chemietrust und Stahltrust in Deutschland, Chemietrust und ein zur Stahltrust in Amerika, zwei Oeltrusts (Amerika, England), ein weiterer englischer, ein französischer, einige weitere schwedische (Holz, Erz, Kugellager) und um den Rest wird unzeitlich gestritten. Nicht lange mehr, und die Welt gehört zwei, drei Dutzend Trusts, die an ihrer Bequemlichkeit, d. h. um der Illusionen ihrer Sklaven und Sklaventreiber wegen an gewissen Stellen „Landesgrenzen" und „Regierungen" und „Parlamente" unterhalten. Und wenn sich diese Trusts noch zusammenschließen, um die Welt nach bestimmten Regeln auszubeuten, dann werden wir statt der Länder und Ländchen ein Paneuropa und ein Panamerika haben mit einer australischen, einer asiatischen und einer afrikanischen Kolonie. Und die Trustkönige werden durch ihre Sklaventreiber ihren Sklaven verkünden lassen, daß dies ein Fortschritt, die höchste Demokratie sei — wie in Port Sunlicht.

Die Trustkönige werden zu diesem Ziel aber Wege wählen müssen, auf denen den Sklaven die Erkenntnis kommen wird, daß ihre Gewerkschaften und Sozialdemokraten mit ihnen Schindluder treiben. Sie werden zu der Erkenntnis kommen, daß ohne sie, ohne die Sklaven keine Weltruste ermacht werden können. Und dann ist es nicht mehr weit zu der Erkenntnis, daß diese Welt dem Besen Proletariat gehört.

Aus den Bezirken

Die Versammlungsschlacht.

München, den 8. September 1929.

Gestern um 8 Uhr abends war von der KPD. München eine Gründungsversammlung des Antifaschistischen Schutzbundes einberufen. Aber bereits um 7 Uhr hatten Hakenkreuzler, die unter Windjacken und Ländlerjoppen Dolche, Schlagringe, Stahlruten und andere Mordwerkzeuge trugen, den Saal des Stadtkellers in einer Stärke von 150 Mann an den „strategisch wichtigen" Punkten besetzt. Die KPD. kam selbst, wie immer, zu spät. Ihre Funktionäre waren völlig kopflos und hatten nicht die Kraft, irgendeinen entscheidenden Schritt zu tun. Der Referent, der Reichstagsabgeordnete Buchmann, ein bekannter KAP.-Intentöter hatte es wohlweislich vorgezogen, gar nicht zu erscheinen. Um 8,15 Uhr stimmten die sich sehr stark fühlenden Hakenkreuzler ein Lied an. Man riß die im Saal befindlichen roten Fahnen herunter; die erst verblüfften Arbeiter gaben dann die Antwort auf diese Provokation. Stühle und Biergläser, Aschenbecher und Fäuste treten in Aktion. Nicht zu vergessen das Messer, welches auf beiden Seiten eine Rolle spielte. Der Kampf wogte in ganz erbitterter Form hin und her. Maßkrüge krachten und bohrten sich in die Schädel der Getroffenen; es war ein Kampf auf Leben und Tod: einer versuchte dem anderen den Dolch in den Leib zu rennen. Vier Minuten dauerte der Kampf und rund 50 Leicht- und Schwerverletzte wälzten sich in ihrem Blute. Der Saal war nicht wieder zu erkennen, keine Scheibe, kein Stuhl, kein Tisch, kein Maßkrug war mehr ganz. Die Kämpfenden wurden von dem eingetroffenen Ueberfallkommando mit dem Gummiknüppel getrennt, wobei aber auch sie gehörig abbekamen. Auf der Straße ging der Kampf weiter. Die Nazis, die sich im Gegensatz zu den Arbeitern wieder sofort als kompakten Haufen zusammenschlossen, nahmen sich nun die einzeln verstreuten Arbeiter vor und verprügelten sie schwer. Wer ist der schuldige Teil an der Niederlage der Arbeiter? Es ist die hiesige KP-Leitung, die aus 100 Prozent Dummköpfen und Feiglingen besteht. Am anderen Tage fand die Versammlung der KPD. statt: sie war sehr mäßig besucht, vielleicht 150 Mann. Die Nazis selbst erschienen diesmal nicht. Die Arbeiterfäuste waren ihnen nicht allzu gut bekommen; hatten sie doch trotz ihrer Uebermacht die meisten Verletzten. Heut waren auch die Feiglinge der KPD. stark, es ging ja nicht gegen Faschisten, nein, gegen Arbeiterkommunisten. Es waren ja klar denkende Arbeiter, die vielleicht das erbärmliche Verhalten der Leitung kritisieren konnten. Man ging sofort zum Angriff über und provozierte die Genossen auf die gemeinste Art und Weise: Man schickte ausgerechnet Leute, die am Abend vorher auszerissen waren oder überhaupt nicht da waren. Anwürfe, wie Polizeispitzel war das geringste. Als die Genossen auf die Provokationen nicht zogen, schickte man die Wirtin vor, die uns aufforderte, im Namen des Hausrechts den Saal zu verlassen, da sie uns sonst mit der Polizei entfernen lassen würde. Unsere Genossen zogen es dann vor, um einen Zusammenstoß zu verhüten, sich zu entfernen. Arbeiter Münchens, denkt nach, welch ein verbrecherisches Spiel man mit euch treibt. Die Gründung eines Schutzbundes dient nicht zur Niederhaltung der Faschisten, nein, man mißbraucht euch zur Niederhaltung von revolutionären Arbeitern. Laßt euch nicht mißbrauchen, gebt euren Bonzen den verdienten Fußtritt. Schließt euch in den Betrieben als Klasse zusammen, tretet ein in die Kommunistische Arbeiterpartei. Nur der unerbittliche Kampf Klasse gegen Klasse. Um den Kapitalismus niederzukämpfen und mit ihm seine faschistischen Soldknechte, muß man mit revolutionären Waffen kämpfen. Wir müssen uns organisieren, um die Machtmittel der Kapitalistenklasse niederzukämpfen, sei es im Betriebe oder auf der Straße, sei sie auf wirtschaftlichem Gebiet oder im offenen Kampfe zegen die Staatsmacht.

Organisatorische Mitteilungen

Wirtschaftsbezirk Mitteldeutschland.

Am **Sonntag, den 15. September 1929**, findet im Volkspark in Halle, Bergstraße, eine kombinierte Bezirkskonferenz der AAU. und KAP. statt.

Provisorische Tagesordnung:

1. Politische Lage.
2. Organisatorisches und Taktik.
3. Bericht aus dem Ortsgruppen.
4. VRUK.
5. Verschiedenes.

AAU. und KAP., Ortsgruppen Halle a. S.

Berlin-Brandenburg.

Von der 37. bis 40. Woche wird eine Umlage von je 50 Pf. erhoben. Wir fordern die Genossen auf, die Umlage so schnell wie möglich abzurechnen.

21. Bezirk (Nowawes).

Am Freitag, dem 20. September 1929, abends 7,30 Uhr, findet eine allgemeine Mitgliederversammlung bei Gebauer, Wallstraße 62, statt.

Erscheinen aller Genossen ist unbedingte Pflicht.

Abonnements-Annahmestellen für Berlin.

Norden: Fr. Malz, Fehrbelliner Str. 28, Hof III.
Osten: K. Herrmann, Thürschmidtstraße.
Süden: Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Lausitzer Platz 13.
A. Fischer, Neukölln, Zietenstr. 71.
Bohnsdorf: Herm. Pohl, Apollostr. 16.
Grünau: Otto Hoch, Cöpenicker Str. 119.
Hennigsdorf: Paul Kobella, Fontenstr. 36.
Nowawes: Herm. Dummer, Marienstr. 4.
Rosenthal: K. Sanderhoff, Edelweißstr. 36.

Reich.

Aschersleben: W. Straube, Marienstr. 19.
Barmen: A. Höveler, Winklerstr. 24.
Bonn: J. Blatzheim, Sternstraße, Baracke II.
Düsseldorf: W. Krob, Kirchstr. 32.
W. Balzer, Frankenstr. 17 a.
Düsseldorf-Oberbilk: J. Esper, Heyestr. 4.
Frankfurt a. M.-West: A. Gillmeier, Fröbelstr. 2.
Halle (Saale): W. Balthasar, Jakobstr. 27.
Klostermannsfeld: Bogusch, Siebigerader Str. 60.
Köln (Rhein): K. Ketzschau, Zülpicher Str. 32.
Magdeburg: Frida Hädecke, Fürstenufer str. 20 ptr., bei Buhl.
München: E. Schulze, Hoffenstr. 8, Rg. 2.
Naumburg (Saale): W. Stellenberger, Weichaugrund 19.
Ortelsburg (Ostpr.): Gustav Schiwy, Beutner Str. 41.
Silberbach Nr. 25 b, Selb i. Bayern: Richard Küspert.
Steinach (Thüringer Wald): E. Müller, Am Bahnhof 2.
Stolp (Pommern): Oskar Maniszewski, Lachschleuse 14.
Suhl (Thüringen): Max Schneider, Judithstr. 56.
Weißenfels (Saale): Artur Löscher, Georgenberg 11.

Die Gemeinschaft proletarischer Freidenker bittet uns, mitzuteilen, daß am **Sonntag, den 22. September**, vorm 10 Uhr, ihre **Weihestunde in der Volksbühne** stattfindet, mit Musik, Männergesang, Weiherede, Rezitation und Sprechchor. Eintritt 1.— Mk., Erwerbslose und Kinder 0.40 Mk.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin-Wittenau. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isdonat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

10. Jahrg. Nr. 38 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, September 1929.

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2.50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2.18 und monatlich 0.88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die faschistische Republik

Das deutsche Kapital hat seit Bestehen der Republik in der Methode der Unterdrückung der Arbeiterschaft zwischen Demokratie und Faschismus gewechselt und beide Arten gegeneinander ausgespielt. In wirtschaftlich und politisch kritischen Zeiten, in denen sich eine revolutionäre Entwicklung der Arbeiterschaft vollzog, mußte es zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft mit den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie paktieren. Diese Zusammenarbeit mit der „marxistischen" Bewegung mußte ausgeglichen werden, damit nicht die Machtansprüche dieser Arbeiterorganisationen zu groß würden. Aus diesem Grunde zog das deutsche Kapital eine faschistische Bewegung auf, durch die die Arbeiterschaft in Schach gehalten werden sollte. Es lag dabei dem Kapital besonders an einer starken Aktivität der faschistischen Bewegung, weil dadurch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften in der Entfaltung irgendwelcher Aktivität zur Erringung reformistischer Erfolge behindert wurden. Das Ziel war, daß die Arbeiterschaft in die Defensive gedrängt werden sollte. Die Verteidigung der Republik und der „Errungenschaften der Republik" sollte die Arbeiterschaft vom Klassenkampf abhalten und ihr den Kampf für die Republik aufzwingen. Der Faschismus war der Popanz, mit dem die Arbeiterschaft in die kapitalistische Republik gefesselt werden sollte. Den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ist die faschistische Bewegung und das besondere Einsetzen dieser Bewegung in der Zeit ihrer Zulassung zur Mitregierung keineswegs unangenehm, weil dadurch wiederum in der Arbeiterschaft die Illusion erweckt wird, als ob sie die Vorkämpfer der Freiheit der Arbeiterschaft sind und weil es ihnen dadurch ermöglicht wird, die revolutionäre Gefahr aufzufangen. Aus demselben Grunde bekämpfen sie auch nicht die faschistische Bewegung in ihren Anfangsstadien, sondern lassen sie ruhig heranreifen, um dann die Retter der Republik zu spielen und vor der Arbeiterschaft ihre Notwendigkeit zu beweisen. Das Kapital hält so mit Hilfe der von ihm ausgehaltenen faschistischen die reformistische Bewegung in Schach, während die reformistischen Organisationen aus Dankbarkeit für den ihnen so ermöglichten Kampf gegen den Faschismus die Arbeiterschaft in den verstärkten kapitalistischen Ausbeutungsprozeß einspannen und die revolutionäre Bewegung mit Eisen und Blut niederschlagen. Der Faschismus bewährt sich hier als Schützer der Republik. Er denkt gar nicht daran, der Republik die Arbeiterschaft zum Fraße zu werfen. Seine Aufgabe ist lediglich die Arbeiterschaft vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten. Die Errichtung der Monarchie ist keineswegs wesentlich für die faschistische Bewegung. Es steht auch nicht irgendein Thronprätendant an der Spitze, auf den die Organisation eingeschworen ist. Es handelt sich lediglich hier um eine Kampfgruppe gegen die Arbeiterschaft, mit deren Hilfe sowohl die reformistische als auch die revolutionäre Arbeiterschaft niedergehalten werden soll. Die Tragikomödie liegt aber darin, daß die Aufgabe der reformistischen Bewegung nicht der Kampf gegen den Faschismus, sondern der Kampf gegen den revolutionären Teil des Proletariats ist, weil die reformistischen Organisationen ihren Sturz lediglich von der revolutionären Arbeiterschaft und nicht vom Kapital fürchten. Das Kapital braucht die Arbeitsgemeinschaft und wird aus diesem Grunde niemals auf eine vollkommene Zerschlagung dieser „Arbeiterorganisation" drängen. Die Taktik des deutschen Kapitals ist eben die Behandlung der Arbeiterschaft mit dem Zuckerbrot der Demokratie und der Hungerpeitsche des Faschismus.

Die Drohung mit der faschistischen Gefahr hat das deutsche Kapital charakteristischer Weise bisher in zwei fast gleichgelagerten Situationen ausgeübt. Das erste Mal geschah dies im Jahre 1923, als infolge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, welcher durch die Sabotage der Erfüllungspolitik hervorgerufen war, die Notwendigkeit zu einer Regelung der Reparationsverpflichtungen bestand. Die Uebernahme dieser Verpflichtungen war nur mit Hilfe und tatkräftiger Unterstützung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften möglich, deren Mitarbeit an dem Aufbau der deutschen Wirtschaft durch die Gewinnung der Arbeiterschaft für die Rationalisierung unumgänglich war. Außerdem brauchte auch das deutsche Kapital zur Führung der Verhandlung mit den ausländischen Gläubigern den Nachweis der inneren Befriedigung. Schließlich mußte auch zur besseren Führung der Verhandlungen mit den Gläubigern eine starke nationale Opposition gegen die Erfüllungspolitik vorgetäuscht werden, damit sich die Unterhändler auf die inneren Schwierigkeiten berufen konnten, durch die ihnen die Annahme zu schwereren Bedingungen unmöglich gemacht würde. Am klarsten ergibt sich diese Taktik aus der Tatsache, daß die Deutschnationale Volkspartei, die eifrigste Vorkämpferin für die Sabotage der Erfüllungspolitik, bei der Abstimmung über den Dawesplan 50 Prozent der Mitglieder ihrer Reichstagsfraktion abkommandiert hatte, um die Annahme dieses Planes sicherzustellen. Bis zum Tage vor der Abstimmung tobte die faschistische Gefahr und rettete die Sozialdemokratie die Republik. Nach der Annahme baute das deutsche Kapital die Unterstützung der faschistischen Bewegung ab und regierte mit der Demokratie des Bürgerblocks.

Als Anfang des Jahres 1928 die künstliche Konjunktur des Jahres 1927 zusammenbrach, und die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen durch Aufnahme von Anleihen infolge der Sperrung des amerikanischen Kredites nicht mehr möglich war, setzte von neuem die faschistische Gefahr ein. Die Bourgeoisie erzeugte eine Kampfstimmung gegen die Reparationsverpflichtungen. Sie drängte auf Abänderung des Dawesplanes. Die Aufgabe, diese Abänderung durchzuführen, überließ sie wiederum der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, indem sie eine ganz lose Koalition mit ihnen einging. Es wiederholte sich auch dasselbe Manöver. Die nationale Opposition setzte mit aller Heftigkeit ein. Unter ihrem Druck stand die Pariser Konferenz, deren Ergebnis der Youngplan war. Als dann infolge des Widerstandes des deutschen Kapitals eine Verschärfung der deutschen Wirtschaftskrise eintrat, die sich zu einer Katastrophe auszuwachsen drohte, verhandelte der Führer der deutschen Delegation mit den Ruhrpidustriellen und führte deren Zustimmung zu dem von ihm gemachten Angebot herbei.

Der „Ausbau" der Sozialpolitik

Nun ist das „Kompromiß" zur Reform des Erwerbslosenversicherungsgesetzes im „Reichsrat" aus der Taufe gehoben. Die erste Auswirkung des Youngplanes wird sichtbar. Die „geringeren Lasten", die Deutschland nach dem „Vorwärts" und der sonstigen schwarzrotgoldenen Presse zu tragen hat, wirken sich schon aus. Der „Kampf um die Lastenverteilung" ist in vollem Gange.

Der hochwohllöbliche Reichsrat schätzt die Zahl der Erwerbslosen auf 1,1 Millionen. Wir streiten nicht darum, um wieviel die Zahl zu niedrig ist. Es genügt zu beweisen, wie die Zahl der Erwerbslosen auch jetzt wieder „gesenkt" wird. Es wird nicht mehr lange dauern, dann gibt es überhaupt keine Erwerbslosen mehr in Deutschland. Es gibt nur noch Verhungernde — die zu faul sind zur Arbeit.

„Die Ausschüsse haben", lesen wir im „Vorwärts" vom 17. September „eine Verlängerung der Karrenzzeit in schweren Fällen, wenn die angebotene Arbeit verweigert wird, auf acht Wochen beschlossen. In ganz hartnäckigen Fällen wird diese auf dreizehn Wochen erhöht. Was „schwer" und „hartnäckig" ist, bleibt natürlich dem wohlwollenden Urteil der Herren selbst überlassen. Im übrigen ist alles beim „alten" geblieben. Für „Saisonarbeiter" gilt regelmäßig vier Wochen Karrenzzeit, die je nach der Zahl der Angehörigen bis auf zwei Wochen gekürzt werden kann. Es ist auch alles gar nicht so sehr wichtig, geben die Berichterstatter bekannt, denn die Regelung gilt nur für höchstens ein halbes Jahr.

Verbunden mit dem Abbau der Krisenfürsorge ist die nun beschlossene „Lösung" — an ihrer Annahme im Reichstag ist kaum zu zweifeln — wieder ein ganz netter „Schrit vorwärts". Die Millionen der Arbeitslosen, denen man hier mit einer Deuflichkeit, die wahrhaftig keinen Zweifel mehr an der Absicht aufkommen läßt, dem direkten Hungertod ausliefert, haben einen verdammt klaren Anschauungsunterricht, wie segensreich sich die verringerten Lasten des Youngplanes gegenüber dem Dawesplan auswirken. Da jeder Arbeiter infolge der Millionenreservearmee immer mit einem Fuß auf dem Stempelmarkt steht, sieht die ganze Arbeiterklasse, wie zwingend nötig es eigentlich wäre, sich im Falle eines „Volksbegehrens" für den Youngplan und gegen den Dawesplan zu kämpfen, damit die schwarzrotgoldene Regierung für ihre Schinderdienste am Proletariat noch obendrein ein Vertrauensvotum von der Seite der Proletarier bekommt.

Das alles in einer Zeit, wo der „Vorwärts" selbst eingestehen muß, daß in den Jahren nach dem Kriege die Arbeitslosigkeit selbst in Zeiten der Konjunkturen stieg, also die Rationalisierung ein unaufhaltsamer Prozeß ist. Selbst in Zeiten, in denen die Zahl der Beschäftigten steigt, steigt trotzdem die Zahl der Arbeitslosen. „Langfristige Tarifverträge" und ihre Verbindlichkeitserklärung — liest man in der Nummer vom 12. September, — seinen ein **Verbrechen**. Eine noch deutlichere Charakterisierung der Tätigkeit des sozialdemokratischen Schlichters ist wirklich nicht möglich, auch wenn man über die Begründung lachen muß, daß durch höhere Löhne und durch rechtzeitigen Ausgleich derselben mit den steigenden Preisen der Konsum und damit wiederum die Produktion erweitert werden könnte.

Die Entwicklung der Jahre nach dem Kriege bestätigt nur zu deutlich, was der Krieg selbst lehrte: die kapitalistische Ordnung offenbart täglich deutlicher ihren gesellschaftlichen Bankrott auf der ganzen Linie. Natürlich behält die besitzende Klasse solange „Recht" solange das Proletariat dieses „Recht" anerkennt, daß die überflüssigen Proletarier sich um **jeden Preis** verkaufen müssen, die noch Arbeitenden **um jeden Preis** nach der Peitsche der Ausbeuter tanzen. Im Weigerungsfalle machen sie sich der „schweren" und „besonders hartnäckigen Fälle" schuldig, auf die für sie der Tod durch den Hunger steht.

Der englische Frühkapitalismus wählte zur „Ueberwindung dieser Zustände" ein einfacheres Verfahren. Die enteigneten Bauern, die in der Industrie keine Arbeit finden konnten, wurden mit glühendem Eisen gebrandmarkt. Wurden dann die Vagabunden wieder ergriffen, wurden sie einfach aufgehängt — als abschreckendes Beispiel für die Armee der überflüssig gewordenen. So kämpfte die englische Regierung gegen den Verfall der „guten Sitten".

Im Zeitalter der Demokratie und des Pazifismus ist man über solche Rohheiten erhaben. Kein Demokrat hat etwas dagegen, wenn die zum verhungern Verurteilten noch Pfennige erhalten, aber nur für den Fall der Bereitschaft zur Schmutzkonkurrenz gegenüber ihren Klassengenossen. Sind sie hartnäckig — dann haben sie selbst Schuld. Dann mögen sie still irgendwo verrecken. Denn daß aus dem Millionenheer von Hunger- und Todeskandidaten die Selbsthilfe gegen die „Ordnung" wächst, wird eine demokratische Republik nicht dulden. Sie wird die Verbrecher und ihre Kinder unbarmherzig niederhalten, um der Sicherheit ihrer satten Bürger willen.

Die Arbeiterklasse sollte an all diesen Erscheinungen erkennen, daß ihr Weg durch die Demokratie ein Weg ins Lumpenproletariat ist. Sie sollte, gestützt auf die große Lehre der gesamten Arbeiterbewegung, endlich begreifen, daß hier kein anderer Ausweg bleibt, als diese Ordnung zu zertrümmern. Aber es scheint, das Elend und das Grauen sind noch nicht erschütternd genug. Sonst könnten unmöglich die sozialdemokratischen Korrumplinge in der staatlichen Bürokratie im Bunde mit den Gewerkschaften usw. das Proletariat foppen mit der biechernen Phrase von Demokratie und Fortschritt. Könnte dieses Heer vollgefressener und gutbezahlter Bonzen nicht so selbstbewußt darauf hinweisen wie viele Arbeiter noch hinter ihnen herlaufen, trotzdem sie bei allen Gemeinheiten ihre schmutzigen Finger mit im Spiel haben. Könnte Moskauer Idiotie nicht dauernd schreien, daß man in die verlumpten Gewerkschaften eintreten, zur „Wahl" für die Kommunen rüsten müsse, wo doch einwandsfrei feststeht, daß das Proletariat in dieser Tragödie nur taumeln konnte, weil es sich immer wieder von seiner Aufgabe ablenken ließ: der Aktion als Klasse, von unten auf, mit dem Ziel der proletarischen Diktatur, um sich die Früchte seiner eigenen Arbeit zu erobern und alle Schmarotzer auszurotten wie giftige Insekten.

Die 50prozentige Zustimmung der deutschnationalen Fraktion am 29. August 1924 wurde hier durch die Zustimmung der Schwerindustrie selbst, deren Repräsentantin die D.N.V. ist, ersetzt. Da die endgültige Genehmigung in einer weiteren Konferenz, die im Haag stattfand, erfolgen sollte, wurde wiederum das Schauspiel der großen nationalen Opposition in Bewegung gesetzt. Hugenberg gründete einen Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren, durch den die Ablehnung des Youngplans durch das gesamte deutsche Volk herbeigeführt werden sollte. Die faschistische Aktivität wurde beschleunigt. Ein Bombenattentat jagte das andere. Der Nationalchauvinismus wurde bis zur Siedehitze aufgepeitscht. Die Koalitionsregierung wurde unter schärfsten Druck gesetzt. Das Ausland sollte davon überzeugt werden, daß das einige Deutschland sich „mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften" gegen die feindliche Tributforderung wehren würde. Der passive Widerstand, der vom deutschen Kapital ausgehaltenen Schlageterbanden während der Ruhrbesetzung wurde durch die nationalsozialistischen Bomben ersetzt. Volksempörung in Dynamittattentaten sollte der Welt die Not und Verzweiflung des deutschen Volkes vor Augen führen. Die Sozialdemokratie hat gegenüber den Sprengkolonnen Schlageters die Augen zugedrückt und hat dieselbe Taktik gegenüber den Bombenattentaten der Nationalsozialisten verfolgt. Der Youngplan wurde sogar noch mit Verschlechterungen im Haag angenommen. Das deutsche Kapital war nicht imstande, sich dem Diktat der Gläubiger zu widersetzen. Dieser Annahme soll nun die parlamentarische Billigung folgen. Die Situation für die Nationalopposition ist äußerst peinlich. Eine 50prozentige Billigung kommt nicht in Frage, weil dadurch die DNV. völlig ihr Prestige verlieren würde. Das Volksbegehren selbst ist für das deutsche Kapital keine Notwendigkeit mehr, weil es ja lediglich als taktischen Gründen zur Unterstützung der deutschen Regierung bei den Verhandlungen mit den Gläubigermächten eingeleitet wurde. Die Nationalsozialisten drängen aber auf Durchführung, so daß die Deutschnationalen die Gefangenen ihrer eigenen Taktik sind. Es beginnt langsam die Loslösung. Mit Mühe und Not ist nach außen hin eine Verkleisterung der Gegensätze gelungen oder besser vorgetäuscht worden. Langsam beginnt die nationale Opposition gegen das Volksbegehr. Der Reichslandbund erklärt sich mit der Fassung des Volksbegehren nicht einverstanden, weil damit die Deutsche Volkspartei, die Bayrische Volkspartei, das Zentrum und noch einige Jasager, zu denen auch der allverehrte Generalfeldmarschall von Hindenburg gehört, zu Landesverrätern gestempelt werden sollen. Diesen schlimmsten Vorwurf für einen nationalen Mann glaubt man diesen gutgläubigen Kapitalisten und vorgeschobenen Unterhändlern, die sich doch vorher die Zustimmung der nationalen Opposition gesichert hatten, nicht so einfach machen zu können. Es könnte dann passieren, daß die tödlich beleidigten Herrschaften in ihrer Empörung über die Schamlosigkeit der nationalen Männer auspacken und die gemeinsame Front und das gemeinsame Zusammenarbeiten der Erfüllungspolitiker und der Erfüllungsverweigerer aufdecken würden. Man baut also langsam das Volksbegehren ab. Es wäre auch eine verdammt kritische Situation, wenn das Volksbegehren durchgehen würde und dann die Hugenberg und Genossen die Außenpolitik der Stresemann und Genossen fortsetzen müßten. Die politische Lage des deutschen Kapitals erlaubt augenblicklich keine andere als die Verständigungspolitik. Das Säbelgerassel kann nicht in einen Säbelschlag umgesetzt werden. Der Phrase kann nicht die Tat folgen. Briand hat schon recht, wenn er behauptet, daß die Nationalopposition ihm versichert hat, daß sie bei einer Uebernahme der Regierung die bisherige Politik fortsetzen würde. Wenn also der Erfolg des Volksbegehrens zu einer Niederlage in der Praxis führen müßte, so würde wiederum eine Niederlage beim Volksbegehren ein Fiasko für das Ansehen der nationalen Parteien bedeuten. Deshalb ist ein Rückzug in Ehren die einzige Möglichkeit. Wir befinden uns augenblicklich in der Einleitung dieser Situation. Es ist eine rein taktische Frage, ob und in welcher Form sich die Schwerindustrie aus dieser Lage herausziehen wird. Das Eine steht fest, sie wird es auf keinen Fall auf eine Annahme des Volksbegehrens ankommen lassen.

Der Sozialdemokratie wäre nichts lieber, als die Durchführung des Volksbegehrens. Es wäre für sie die einzige Möglichkeit, sich der wachsenden Wut der Arbeiterschaft gegen ihre Koalitionspolitik zu erwehren. Die Verschlechterung in der Erwerbslosenfürsorge, der Abbau der Koalitionsfreiheit durch den neuen Vereinsgesetzentwurf, bedeutet eine ungeheure schwere Belastung der Partei. Das Volksbegehren mit seiner Aufpeitschung der nationalen Leidenschaften und dem verstärkten Druck des Kapitals durch Aktivisierung der faschistischen Organisationen würde ihr erlauben, wieder einen Kampf um die Rettung der Republik zu inszenieren und dadurch von neuem die Arbeiterschaft an sich zu fesseln. Die Aktion der preußischen Polizei gegen die Bombenattentäter bildet den Auftakt. Man läßt sogar der kommunistische Partei freie Hand im Kampf gegen die Nationalsozialisten. Man duldet den Aufmarsch der Nationalsozialisten gegen die Kommunistische Partei, um nachher eine Handhabe zu haben, beide Organisationen zu verbieten. Auf diese Weise gibt die Sozialdemokratische Partei den Hugenbergianern die Gelegenheit das Volksbegehren aufliegen zu lassen. Sozialdemokratie und Deutschnationale arbeiten wieder Hand in Hand. Wenn der Youngplan angenommen ist, tritt die alte Situation wieder ein. Die Koalitionsregierung hat zurückzutreten. Die faschistische Bewegung wird abgeblasen. Der Bürgerblock, die Form des trockenen Faschismus folgt. Die faschistische Republik steht in altem Glanze wieder da.

„Es lebe die Republik, es lebe der Faschismus."

Kommunismus und Zionismus

Durch den neuen Aufstand der Araber in Palästina steht die Frage des Zionismus wieder mit im Vordergrund der politischen Interessen. Und obwohl die englische Regierung militärische Kräfte in Palästina konzentriert hat, war sie nicht in der Lage zu verhindern, daß sich zwischen den Arabern und Juden Kämpfe abspielten. Es ist selbstverständlich, daß diesem Gegensatz zwischen Arabern und Juden materielle Interessen zugrunde liegen. Sowohl bei dem Aufstande im Jahre 1920, wie jetzt, zeigt sich klar dieser Komplex der Ursachen. Und diese Gegensätze werden solange in die Erscheinung treten, bis das bewegende Prinzip in der Geschichte, der Klassengegensatz und der Klassenkampf auch über die Rassenfragen zur Tagesordnung übergehen.

*

Die Idee des Zionismus, d. h. die Schaffung eines jüdischen Nationalstaates ist erst jüngeren Datums. Seit 1897 versuchten die Juden Palästina als Nationalstaat zu gewinnen. Es gab vorher zwar auch schon einige kleine Kolonisationsversuche, mit vielem Geld geschaffen — aber bis zur Eroberung Palästinas durch die Engländer im Jahre 1917 blieb diese Bewegung erfolglos. Durch die bekannte Balfourerklärung vom 2. 11. 17 wurde der Leitung der zionistischen Organisation in London das Recht zugesprochen, unter Wahrung der Rechte der anderen Bewohner (der Araber) die Kolonisation auf breiter Basis durchzuführen, d. h. einen jüdischen Nationalstaat zu schaffen. So versuchte man die Einwanderung aus allen Ländern zu organisieren, um seinem Ziele näher zu kommen.

*

Wenn wir uns die gesellschaftliche Stellung der Juden in allen Ländern ansehen, so müssen wir konstatieren, daß durch die Ausnahmestellung derselben, oder richtiger durch die Nichtgleichberechtigung z. B. in der Vorkriegszeit im deutschen Heere und auf den Universitäten, die Juden ihre besonderen Religionsgemeinschaften aufrecht erhalten haben. Trotzdem hatte die Assimilierung der Juden bedeutende Fortschritte gemacht. Denn mit der Entwicklung des Kapitalismus geht Hand in Hand die Entwicklung der Naturwissenschaften und damit wieder eine Auflösung der Religionsgemeinschaften. Das religiöse Denken wird durch das naturwissenschaftliche Denken verdrängt. Und das materielle Sein in der kapitalistischen Gesellschaft erfordert Wissen und nicht Glauben.

Ein wesentlicher Faktor, diese Assimilierung aufzuhalten, ist der Antisemitismus. Die Tatsache, daß der Jude vielfach nur in besonderen Berufen tätig sein konnte, welche oft eine größere Intelligenz erforderten und ihn materiell begünstigten, gab den Antisemiten Veranlassung, gegen die Juden vorzugehen. Diese Bewegung hatte hier in Deutschland, besonders durch das Wirken der sozialistischen Bewegung, wenig Erfolg. Nach dem Kriege sehen wir im Faschismus den Antisemitismus verkörpert.

Gegen die Assimilierung einerseits, und gegen die Unterdrückung der Juden in Rußland und Rumänien der Vorkriegszeit andererseits, entstand die Bewegung des Zionismus. Es mag sich dabei in der Nachkriegszeit auch um die Begegnung des Vorwurfs handeln, der Jude hätte kein Vaterland und kein Nationalgefühl. Ein reines Ghetto zu schaffen war das Ideal. Und so versuchte man in Palästina die Schaffung eines jüdischen Nationalstaates, mit dem „Erfolge", daß im ganzen z. Zt. ca. 150 000 Juden dort leben. Und noch ein weiterer „Erfolg" sind die sehr teuren aber von vielen nicht zu bezahlenden Jaffaapfelsinen.

*

Der jüdische Nationalist ist ein Phantom.

Der englische Imperialismus versucht nur seine Interessen zu wahren. Er hat den Arabern die Autonomie, den Juden ihren Nationalstaat versprochen. Hier sei erwähnt die Stellung Moskaus zu dem Aufstand in Palästina. Sie ist nicht, wie so oft, diktiert von den Klasseninteressen des Proletariats, sondern von den nationalen Interessen Rußlands. China den Chinesen, Litauen den Litauern, so auch Arabien den Arabern. Die sozialdemokratische Parole der Bolschewewiki von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker hat schon genug Unheil angerichtet. Die internationalen Interessen des Proletariats erfordern eine andere Stellungnahme. Doch das später.

Aus diesem Gegensatz zwischen Arabern und Juden zieht England seinen Nutzen. Wenn nun die Juden und besonders jüdische Proletarier sich in Palästina mißbrauchen lassen, so ist das bei ihrer sonstigen Intelligenz ziemlich verwunderlich. Denn dem englischen Imperialismus kommt es nicht darauf an, in Palästina diesen jüdischen Nationalstaat erstehen zu lassen, sondern ihm ist jedes Mittel recht für seinen Expansionsdrang. Palästina als besonderen Stützpunkt auf dem Wege nach Indien auszubauen. Da dies mit den sehr konservativen Arabern schlecht möglich ist, ist der Jude als Gegenpol sehr nützlich. Daß dieser Gegensatz nicht verschwindet, darüber gibt es keinen Zweifel. Also bleibt der jüdische Nationalstaat eine Utopie.

*

Den Juden aus den Ländern mit kapitalistischer Produktion ist ohne weiteres klar, daß im eigenen Staatswesen der Klassengegensatz seinen Ausdruck finden muß. Also die wirkliche Entstehung — einmal theoretisch gedacht — sofort das Gegenteil von dem zeigen würde, was ihre Gründer beabsichtigen, nämlich nicht ein reines Ghetto, sondern eine jüdische ausbeutende Kapitalistenklasse und ein ausgebeutetes jüdisches Proletariat. Charakteristisch ist, daß die Arbeitskräfte der europäischen Juden zum großen Teil für das jüdische Vaterland zu teuer waren. Da man Nichtjuden nicht gut nehmen konnte, oder sich dagegen Proteste erhoben, wurden die armen arabischen Juden, die Semiten, herangeholt als billige auszubeutende Objekte. Sehr oft ist trotzdem schon der Klassengegensatz in die Erscheinung getreten. Und darum ist für den jüdischen Proletarier, nicht Rassenkampf sondern **Klassenkampf** die Parole. Nicht die Schaffung eines Rassenstaates ist die Lösung des Problems seiner Befreiung, sondern nur der Kampf des gesamten Proletariats in der ganzen Welt ohne Unterschied der Nation und der Rasse gegen die kapitalistische Gesellschaft. Das muß auch die Losung der jüdischen Proletarier aller Länder sein.

So wenig wie der christliche Arbeiter ein Vaterland hat, so wenig hat der jüdische Proletarier ein Vaterland. Das Vaterland aller Proletarier kann nur die klassenlose Gesellschaft sein.

Die Barrikade

Von Leonid Andrejew.

Gequält durch die schlimme Unbestimmtheit des Tages, war ich angezogen auf dem Bett eingeschlafen, als mich meine Frau weckte. Eine Kerze zitterte in ihrer Hand, mitten in der Nacht erschien sie mir hell wie die Sonne. Hinter der Kerze zitterte ein blasses Kinn und blickten unbeweglich und dunkel riesige, mir fremde Augen.

„Weißt du — sagte sie — weißt du: in unserer Straße werden Barrikaden gebaut."

Es war still. Wir blickten uns in die fremden Augen, und ich fühlte, wie Blässe in mein Gesicht stieg. Das Leben schwand — und kam wieder mit lautem Klopfen meines Herzens.

„Fürchtest du dich?" fragte ich.

Das blasse Kinn zuckte, aber die Augen blieben unbeweglich und blickten mich unbeweglich ohne zu blinzeln an, — und erst jetzt sah ich, was das für fremde, für schreckliche Augen waren. Seit zehn Jahren blickte ich in diese Augen und kannte sie besser als die meinigen, — nun aber las ich in ihnen etwas Neues, etwas, was ich nicht wiedergeben kann. Stolz — hätte ich gesagt, aber nein — in ihnen lag etwas anderes, etwas neues — ganz neues. Ich nahm ihre Hand: sie war kalt und antwortete mit einem kräftigen Händedruck, und auch in diesem lag etwas neues, was ich noch nicht kannte. So hatte sie noch nie meine Hand gedrückt.

„Schon lange?" fragte ich.

„Seit einer Stunde. Dein Bruder ist schon weg. Wahrscheinlich fürchtete er, daß du ihn nicht fortlassen würdest, und er ist heimlich fort. Aber ich habe ihn dennoch gesehen."

Also — es ist wahr: es ist da. Ich stand auf und wusch mich — ich weiß nicht warum — sehr lange — wie heute früh, als ich zur Arbeit ging, und meine Frau leuchtete mir. Dann löschten wir das Licht und traten ans Fenster.

Es war Frühling, es war Mai — in das geöffnete Fenster strömte eine Luft, wie ich sie schon seit langem in dieser alten riesigen Stadt nicht gekannt habe. Seit mehreren Tagen standen die Fabriken und die Eisenbahnen still, und die von Kohlenrauch freie Luft war von dem Geruch der blühenden Felder und vielleicht auch des Taues durchdrungen.

Meine Frau umarmte mich und sagte: „Sie sind da, an der Ecke." — Wir lehnten uns aus dem Fenster und sahen das, in der durchsichtigen Tiefe, irgendeine Bewegung — keine Menschen, sondern eine Bewegung. Etwas wurde zerschlagen, etwas aufgerichtet. Plötzlich pochte es unten: eine Axt oder ein Hammer. So hell, so froh, wie im Wald oder am Fluß, wenn ein Boot ausgebessert, oder ein Damm errichtet wird. Und in Vorahnung einer frohen Arbeit umarmte ich kräftig meine Frau.

Wir schwiegen lange, ohne einander anzusehen, doch immer an das gleiche denkend. Und als ich zu sprechen begann, schien es mir, daß jemand anderer aus mir sprach: ich fürchtete mich nicht — seine Stimme aber war heiser, als wenn er vor Durst erstickte: „Nun . . . ? —

„Und die Kinder?!"

„Du bleibst bei ihnen, die Mutter genügt. Ich kann nicht bleiben."

„Und ich soll es können?!"

Ich weiß, sie hat sich nicht von der Stelle gerührt, doch ich fühlte es klar: sie geht weg von uns, sie ist schon weit, weit weg, so weit. Mir wurde es so kalt, daß ich meine Hände nach ihr ausstreckte — doch sie schob sie weg.

„Nur jede hundert Jahre einmal haben die Menschen solch ein Fest, — und du willst es mir rauben. Was habe ich denn verbrochen?" sagte sie.

„Man kann dich töten, und unsere Kinder gehen zugrunde."

„Das Leben wird sich ihrer erbarmen. Aber wenn auch sie zugrunde gehen" . . . .

Und das sprach meine Frau, das Weib, mit dem ich zehn volle Jahre lebte — gelebt habe! Noch gestern kannte sie nichts außer den Kindern, und war von Furcht für diese erfüllt: noch gestern suchte sie die drohenden Merkmale der Zukunft zu erhaschen — was ist nun aus ihr geworden? Noch gestern, — doch auch ich habe das alles vergessen, was gestern war.

„Du willst mit mir gehen?"

„Sei nicht böse!" — Sie dachte daß ich ihr böse sei. — Sei nicht böse! — Heute als sie da unten zu bauen begonnen hatten, begriff ich — habe ich auf einmal begriffen, daß der Mann, daß die Kinder, daß alles dieses nur so . . . und so lange da ist, bis . . . — Sie fand meine Hand, und drückte sie, mit dem neuen fremden Druck, — aber du hörst doch, daß sie da unten bauen ? ? ! ! Sie bauen — und mir ist es, als ob Mauern zusammenstürzen, stürzen in Nichts zusammen — und es wird mir unbeschränkt frei, so wie, wie frei! Jetzt ist es Nacht, und mir ist es, als ob die Sonne scheint. Ich bin dreißig Jahre alt, ich bin schon alt — und mir scheint es, daß ich siebzehn Jahre alt bin und daß ich jemand mit meiner ersten Liebe liebe.

„Auch ich habe vergessen, wie alt ich bin", sagte sie.

„Sie bauen — und es ist wie Musik, wie Gesang, von denen ich mein ganzes Leben lang geträumt habe. Früher habe ich nicht gewußt, wen ich so liebe. So groß ist es, so frei — rasche mir nicht mein Glück, laß mich mit denen sterben, die da unten arbeiten, das Kommando kühn rufen und die zugrunde gegangene Vergangenheit aus den Gräbern erwecken!"

„Es wird Zeit" sagte ich.

„Warte, ich gebe dir etwas zu essen. Du hast heute noch nichts gegessen. Und du siehst, wie vernünftig ich bin: ich gehe erst morgen, ich gebe die Kinder weg und werde dir folgen."

„Genossin" sagte ich.

„Jawohl Genosse."

In die geöffneten Fenster floß die Luft der Felder und die Stille, und von Zeit zu Zeit der helle Klang des Hammers, und ich saß am Tisch und hörte zu.

„Warum ist du denn nicht?" fragt sie.

Ich lächelte: „Brot, — wie merkwürdig das ist."

Sie blickte auf das Brot, auf das alte, harte Brot und ihr Gesicht wurde traurig. Sie blickte es immer an, doch ihr Kopf drehte sich ein wenig, ganz wenig in der Richtung des Zimmers, wo die Kinder schliefen.

„Tun sie dir leid?" fragte ich.

„Nein, aber ich dachte darüber nach, was bisher in unserem Leben war. Wie unverständlich dieses alles ist, und sie blickte sich staunend, wie nach einem langen Traum aufgewacht, im Zimmer umher. Hier haben wir gelebt."

„Du warst meine Frau."

„Und du unsere Kinder."

Unsere jüngste begann zu weinen, erschreckt durch etwas, was sie im Traum gesehen hatte. Und so merkwürdig erschien dieser einfache Kinderschrei — hier zwischen diesen gespenstischen Wänden, während man unten Barrikaden baute. — Plötzlich wurde sie wieder still.

„Nun, gehe jetzt", sagte sie flüsternd.

„Ich möchte sie küssen."

„Ich fürchte, du wirst sie aufwecken."

„Ach, nein."

Es stellte sich heraus, daß der Aelteste nicht geschlafen, sondern alles gehört und alles verstanden hatte. Er war erst neun Jahre alt, aber er hatte alles verstanden — mit einem tiefen und strengen Blick empfing er mich.

„Du, daß Gewehr mitnehmen?" fragte er mich gedankenvoll und ernst.

„Jawohl, ich nehme es mit."

„Es ist unter dem Ofen."

„Woher weißt du es? Nun gib mir 'nen Kuß, wirst du dich meiner erinnern können?"

Er sprang auf im Bett — in kurzem Hemdchen, ganz heiß vom Schlaf — und umarmte fest meinen Hals.

Ich küßte seinen dünnen, heißen Hals.

„Man wird dich erschießen!" flüsterte er mir ins Ohr.

„Nein, ich kehre zurück."

Aber, warum weinte er nicht? Manchmal weinte er wenn ich vonhause wegging — hat es auch ihn berührt? Wer weiß — was alles an diesem großen Tage geschehen ist.

Ich blickte auf die Wände, auf das Brot, auf die Kerze, deren Flamme noch immer zitterte und nahm die Hand meiner Frau.

„Also, auf Wiedersehen."

„Jawohl, — auf Wiedersehen."

Das war alles — ich ging weg. Auf der Treppe war es dunkel, es roch nach altem Schmutz; von allen Seiten von Steinen und Dunkel umfaßt, stieg ich tastend die Treppe hinab. Ein neues, — fremdes und freudiges Gefühl erfüllte mich — wohin ich gehe — riesiges, frohes, alles erfüllendes Gefühl . . .

(Uebersetzung aus dem Russischen.)

Politische Rundschau

Das Arbeitsrecht

Auf dem sog. Berliner Arbeitsgericht herrschen Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Die schon beruflich abgearbeiteten ehrenamtlichen Beisitzer sitzen ständig bis nach Mitternacht. Vor allem ist das Gericht so überlastet, daß die Beisitzer überhaupt nicht zu Worte kommen. Die Zustände erzwingen auch eine Redebeschränkung der Parteien. Der „unparteiische" Vorsitzende urteilt dann aus diesem „Wissen und Gewissen" heraus und gibt die Entscheidung. Wie sie ausfällt, wissen nur die Arbeitsrichter, diese „Urteil" von unterworfen waren. Sie stecken lieber jede Unbill des Unternehmers ein, ehe nochmals zum Arbeitsgericht zu gehen. Gebrannte Kinder scheuen das Feuer. Deshalb wird Feuer unterhalten, wo man Kinder brennen will.

Es ist keine Seltenheit, daß von einem Richter an einem Vormittag über hundert Termine „erledigt" werden. Wie, kann man sich ausrechnen. Wenn nun 200 Parteien nur je 1 Minute reden und die Verlesung der Personalien und die Fragestellung auch nur je 1 Minute in Anspruch nehmen würde, so wären das schon 5 Stunden, also mehr als ein halber Tag, selbst wenn es keine Minute Reibung gäbe.

Von irgendeiner Rechtsprechung oder Rechtsuchung kann da also keine Rede sein. Ganz zweifellos liegt eine derartige „Arbeitsgerichtsbarkeit" im Profitinteresse des Kapitals. Das ist das „neue Arbeitsrecht", von dem Sozialdemokratie und Gewerkschaften den Arbeitern goldene Berge versprachen. Es ist eine noch fürchterlichere Waffe gegen die Arbeiterklasse, als wir sie seinerzeit gezeichnet haben.

Die unmittelbare Ursache dieser Zustände ist der Raummangel. Die Kammern sind überlastet, vor allem fehlt es an Hilfspersonal. Es sitzen im Durchschnitt zehn Beamte und Angestellte in einem Raum, der für vier zu klein wäre. Natürlich liegt die Handhabung des „Arbeitsrechts" im Interesse der herrschenden Klasse. Es gibt Personal mehr als genug, es gibt Bauarbeiter mehr als genug, die die Stempelstellen ebenso übervölkern. Es gibt Geld so viel, daß Faulenzer aller Grade Regierungspensionen beziehen. Wenn also nicht für neue Räume für das Arbeitsgericht gesorgt wird, so wird die sozialdemokratische Regierung damit schon einen bestimmten Zweck verfolgen.

Die Brutstätten der Bombenattentäter-Gesinnung

Und ihre Beschützer.

Die Herren „Arbeitervertreter" im preußischen Innenministerium und im Berliner Polizeipräsidium haben jetzt Kleinigkeiten aus den völkischen Wühlnestern publiziert, von ihrer Tüchtigkeit im „Kampf gegen rechts" zu beweisen. Man erfährt jetzt auch, daß diese Waffendepots und die Büros der sie verwaltenden Pensionäre der Republik schon immer bekannt waren. Man wußte ganz genau, wo hier und da ein paar Zentner oder ein paar Kilo Sprengstoff gestohlen wurden und wo sie blieben. Aber abholen tat man erst jetzt Kleinigkeiten davon, um — na um dem Michel zu zeigen, daß man sich auch recht „durchgreifend" tätig erweisen kann. Man wußte ganz genau, daß Herr Ehrhard ein großes Büro unterhält und Rathenau- und Erzbergermörder beschäftigt, und man nahm auch ganz gewiß nicht an, daß dort Rosenkränze angefertigt und religiöse Prozessionen organisiert würden.

Man (d. h. die Sozialdemokratie) weiß noch viel mehr derartige Neuigkeiten, die keinem Menschen mit offenen Augen verborgen sind. Sie wußte immer, daß der jetzt verhaftete Herr Höllenmaschinenfertiger und Bombenwerfer Timm im Preußischen stattet. Landesamt angestellt und somit direkter Untergebener sozialdemokratischer Minister ist. Erst nachdem 1 Dutzend Gebäude in Trümmer gesprengt waren, verriet der „Vorwärts" diese Neuigkeit dem Präsidenten des Landesamts. Warum das Herr Grzesinski seinem Untergebenen nicht selbst mitteilte? Nun, dann würden die Wahlschäflein gar nicht erfahren, wie forsch ihr Parteiorgan ist.

Der „Vorwärts" teilt dem Präsidenten auch noch mit, daß im Jahre 1925 durch den Regierungsrat Zeterling ganze Gruppen von rechtsradikalen Angestellten in das Amt lanciert worden sind, daß seit dieser Zeit bis vor kurzem bei jedem Abbau mit Hilfe eines stramm „nationalen" Betriebsrates vorzugsweise diejenigen Arbeiter und Angestellten auf die Straße flogen, die nur im Geruch standen, Republikaner zu sein". Das Preußische statistische Landesamt ist nach dem „Vorwärts" „Ein Hort der Hakenkreuzler".

Das Amtsgericht Berlin-Mitte ist nach derselben Nummer des „Vorwärts" (15. September) eine einzige „nationalistische Sippschaft". Ein gewisser Kern, der „Anführer" „Räuber-schar", die in Lichterfelde ansässigen KPD.-Anhänger überfiel, „erfreut sich noch heute als Kanzleiangestellter beim Amtsgericht-Mitte des größten Wohlwollens", wohnend und deswegen zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Sogar während seiner Untersuchungshaft bezog dieser Herr sein Gehalt. „Die Personalverhältnisse bei der Justizverwaltung, speziell bei dem Amtsgericht-Mitte, spotten jeder Beschreibung. Es hat den Anschein, daß die Rechtsverbände jeder Färbung hier als Kommando haben, während die republikanisch eingestellten Beamten und Angestellten beiseitegedrückt wurden. Der Kanleiangestellte R. wurde wegen einer Verbindlichkeit von 43 Mk., die er einer Firma gegenüber zu erfüllen hatte, zum Offenbarungseid geladen. Diese eine einzige Tatsache, die doch eine Privatangelegenheit des Betreffenden ist, genügte angeblich, daß der seit Juli 1925 beschäftigte, mit dem besten Leumund versehene Angestellte gekündigt wurde."

Die Sozialdemokratie hatte das öfteren die Wahl zwischen sozialistischen Arbeitern und Faschisten. Sie hat stets die letzteren zu Bundesgenossen gewählt. Zuletzt beim Kapp-Putsch. Als ihre Minister von den Arbeitern herausgehauen waren, verbündete sich Noske mit den Monarchisten und ließ die Arbeiter niedermachen. In den Standgerichten in Rheinland-Westfalen saßen neben den hohenzollerischen Offizieren und Richtern Gewerkschaftsbeamte. Es wurden Dutzende von Todesurteilen und 4000 Jahre Kerker über die Arbeiter verhängt, welche die zerfluchte sozialdemokratische Reichsregierung geretitet hatten. Zum Dank für diese Hilfe kamen die faschistenjünglinge in die Aemter. Der sozialdemokratische Justizminister Radbruch, der Anhänger der Todesstrafe, hat die Reaktion in die Justizverwaltung gebracht. Heute wachsen diese sozialdemokratischen Dünstlinge den Strebern und Emporkömmlingen über den Kopf.

Das Proletariat wird einst aufstehen und mit beiden aufräumen. Mit den Faschisten wie mit ihren sozialdemokratischen Schützern.

Einheitsfront von Noske bis Hitler

Die „Nordwestdeutsche Zeitung", Bremerhaven, veröffentlicht in ihrer Nummer 174 vom 27. Juli folgende Entschließung, die der Reichsregierung, dem Justizministerium, dem Reichstag und dem Preußischen Landtag zugegangen ist:

„Die unterzeichneten Verbände und Parteien der Unterweserorte fordern Amnestie für die sogenannten „Femerichter". Wenn sie Selbstjustiz gegen Landesverräter übten, wenn sie den Staat durch eigenes Handeln gegen Verräter zu schützen suchten, so geschah das, weil der Staat damals nicht die Möglichkeit hatte, sich selbst zu schützen. Die bestehenden Gesetze werden den außergewöhnlichen Zuständen dieser Zeit nicht gerecht. Wir fordern Amnestie für die Verurteilten und Niederschlagung der etwa noch ausstehenden Verfahren.

Bremerhaven, Wesermünde, im Juli 1929.

Es folgen, alphabetisch geordnet, die Namen von 58 Vereinen, darunter des Alldeutschen Verbands, der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen Volkspartei, des Königin-Luise-Bundes, zahlreicher Kriegervereine und, mitten dazwischen, des — **Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen!**

„Femerichter" ist die Umschreibung für Fememörder, das sind die Bombenleger von heute. — Dort ist Noske Oberpräsident. Die Einheitsfront gegen die revolutionären Proletarier besteht also noch. Die Herrschaften werden auch im Reich zusammenstehen, wenn das Proletariat aufstehen und an seinen Ketten rütteln sollte.

Einheitsfront auch in Oesterreich.

Der österreichische Kriegsbeschädigtenbund, eine Organisation von 16 000 Mitgliedern, die zur SPOe. in demselben Verhältnis stand, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten zur SPD., ist zu dem faschistischen Heimatbund übergetreten, dem auch die Heimwehren angehören.

*

Das Republikschutzgesetz, in Deutschland, alle Machtmittel des Staates, wurden in Deutschland wie in Oesterreich ausschließlich gegen links angewendet. Es ist also erklärlich, wenn sich in den sozialdemokratischen Provinzler-Hirnen der Gedanke herausbildet, daß sie praktisch vollbringen müssen, was ihre Führer in Regierungen und Parlamenten schon politisch vorbereitet haben.

Betrieb und Wirtschaft

Der Burgfrieden

Wie Kapital und Arbeitsgericht ihn auffassen.

In den Beba-Palast-Lichtspielen haben die Musiker die Arbeit niedergelegt, weil die Direktion die Tarifvertragsbedingungen nicht einhält. Die Beba klagt gegen den Musikerverband auf Unterlassung der Behauptung auf Plakaten und Zetteln, daß die Musiker streiken und daß die Direktion den Burgfrieden gebrochen habe.

Jetzt sind vor dem Arbeitsgericht keine Rechtsanwälte zugelassen und der Rechtsanwalt Dr. Weiß der Beba wurde demgemäß zurückgewiesen. Nichts leichter, als dem abzuhelfen. Die beiden anwesenden Direktoren der Beba traten stehenden Fußes auf dem Korridor zu einer „Generalversammlung" zusammen und ernannten Dr. Weiß als alleinvertretungsberechtigtes Vorstandsmitglied, ein telefonisch herbeigerufener Notar beglaubigte es und Rechtsanwalt Dr. Weiß konnte die Beba vertreten!

Dieser Prozeß an sich ist völlig belanglos, aber prinzipiell von Bedeutung. Die Unternehmer können jedem unbeholfenen Arbeiter einen Rechtsanwalt entgegenstellen, der ihn mit Redensarten besoffen machtz er wird sich „juristisch" geschlagen fühlen und seinem Bedrücker das Feld räumen.

Es wäre schon ehrlicher und wahrheitsgetreuer, wenn das Reich die Arbeitsgerichtsbarkeit direkt den Unternehmerverbänden übertragen würde. Die Gewerkschaften haben den Burgfrieden mit dem Kapital gewollt, also müssen die die Gewerkschaften unterstützenden Arbeiter die Handhabung des Burgfriedens auch schon dem Kapital überlassen.

*

Fiasko der Zellentaktik.

In der Generalversammlung des Verkehrsbundes wurden am 16. September die Delegierten zum Verschmelzungsverbandstag gewählt. Obwohl eine Einheitsliste aufgestellt war, die auch KPD.-Funktionäre und „revolution." Sympathisierende enthielt, wurden nur Delegierte der Amsterdamer gewählt. — Die KPD. betreibt grundsätzlich keine andere Gewerkschaftspolitik als die SPD. Da sagen sich die Mitglieder, die von der KPD. unter die Fittiche der Noskiten getrieben wurden: Wenn schon Richtung Noske, dann aber auch die richtigen Anhänger Noskes.

Der Arbeitsmarkt

Im Reich hat die 1. Septemberhälfte einen beträchtlichen Zuwachs an Arbeitslosen gebracht. Im Ruhrgebiet wurde die Zahl der Feierschichten vermehrt. Aus Mitteldeutschland wird eine vorzeitige Beendigung der Bausaison gemeldet, was eine baldige Entlassung der Arbeiter der Hilfsindustrien zur Folge haben wird. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung wird auf 735 000 geschätzt.

Im Bereich des Arbeitsamtes Berlin-Brandenburg waren am 8. September 1371 Hauptunterstützungsempfänger weniger als vor einer Woche, nämlich 128 703. Davon waren 107 175 Versicherte und 21 528 Krisenunterstützte. Vor einem Jahre wurden insgesamt 97 284 Personen unterstützt.

Das Bekleidungsgewerbe, die Metallindustrie und die Industrie der Steine und Erden stellten ein. Maurer waren noch gut beschäftigt, bei Zimmerern, Malern und Anstreichern ließ die Beschäftigung nach. Die Landwirtschaft hat mit Einstellungen für die Hackfruchternte begonnen.

*

Belegschaftsabbau bei steigenden Umsätzen.

Der deutsche Chemietrust hat trotz steigender Umsätze in letzter Zeit in einer ganzen Anzahl seiner weitverzweigten Betriebe einen Abbau der Belegschaften vorgenommen. Wie die Verwaltung jetzt mitteilt, stehen diese Abbaumaßnahmen im Zusammenhang mit dem Abschluß des in den letzten Jahren durchgeführten größeren Ausbauprogramms sowie mit einer weiteren Rationalisierung der Betriebe.

Massenentlassungen bei Bergmann.

Die Firma Bergmann, Berlin-Rosental, hat 510 Arbeiter entlassen. Ein Einspruch durch den KPD.-Betriebsrat war nicht erfolgt.

Die Krise in der Fahrradindustrie

Stillegung der Göricke-Werke.

Die Göricke-Werke, A.-G., die bekannte Fahrradfabrik in Bielefeld, haben am Dienstag, den 17. September, ihre Pforten geschlossen und die Belegschaft auf die Straße gesetzt. Die Ankündigung für diese Maßnahme kam ganz plötzlich am Sonnabend, den 14. September am schwarzen Brett. Die Stillegung dürfte mit der kürzlich abgehaltenen Gläubigerversammlung im Zusammenhang stehen. Denn die Firma versichert, daß die Stillegung nur eine vorübergehende sei, um größere finanzielle Verluste zu vermeiden, da der Auftragsstand infolge der ungünstigen Saisonlage stark rückläufig sei.

Die Stillegung der Göricke-Werke ist die Folge der großen Ueberproduktion in der Fahrradindustrie infolge der Rationalisierung. Auch wenn die Werke einst wieder eröffnet werden sollten, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die Produktion der Fahrradindustrie sehr weit über den Bedarf hinausgeht. Es müssen dann eben andere Werke, die weniger technisch auf der Höhe sind, unter die Räder kommen. Tatsächlich haben auch schon andere Werke der Fahrradindustrie Arbeiterentlassungen angekündigt.

In der Fahrradindustrie kriselt es auch sehr stark bei den bestfundamentierten Werken, so z. B. bei Stöwer, Stettin. Die Exzelsior-Werke, Brandenburg a. H., die Dürkopp-Werke und andere führende Werke der Industrie haben nicht unbedeutende Verlustabschlüsse aus der Fahrradfabrikation.

Schon vor genau einem Jahre hatten die Fahrradindustriellen nach Düsseldorf eine Zusammenkunft anberaumt, die sich mit der Marktverteilung und Betriebseinschränkungen befassen sollte. Es ist kein Resultat dabei herausgekommen. Im August dieses Jahres war eine neue Zusammenkunft anberaumt, die aber auf unbestimmte Zeit verlagt wurde. Die Ueberproduktion ist eben so groß, daß nur durch größere Stillegungen Abhilfe geschaffen werden kann. Wie dem auch

Aus den Bezirken

Bonn.

Klassenjustiz.

Wie die herrschende Klasse jedes Aufkeimen des Proletariats gegen die bestehenden Zustände mit brutalen Methoden im Keime zu ersticken versucht und aus einer einfachen Prügelei Landfriedensbruch" macht, um „Exempel zu statuieren", darüber berichtet der „Bonner General-Anzeiger" folgenden Fall:

Landfriedensbruch.

„Eine sehr üble Sache haben sich da eine Reihe Arbeiter eingebrockt, die im vergangenen Frühjahr bei Kanalisationsarbeiten in Zülpich als Notstandsarbeiter beschäftigt waren. Unter der Anklage des Landfriedensbruch standen sie zu fünften vor dem hiesigen erweiterten Schöffengericht, das in mehr als dreistündiger Verhandlung ein klares Bild von den Vorfällen zu gewinnen suchte, die sich am 18. Mai in der Nähe des Bachtores, in dem sonst so ruhigen Städtchen Zülpich abgespielt haben.

Bei manchen der dort beschäftigten Arbeiter bestand zweifellos schon längere Zeit eine starke Abneigung gegen einen der Schachtmeister, der wohl nicht immer den rechten Ton gegenüber dem rheinischen Temperament der Arbeiter zu finden wußte. Dieser Schachtmeister glaubte, an einem Morgen von einem zu einer anderen ihm nicht unterstellten Kolonne gehörigen Arbeiter in beleidigender Weise angeredet worden zu sein und soll darauf mit Schlägen gedroht haben. In Wirklichkeit hatte jener Arbeiter seinen Zuruf an einen Arbeitskollegen gerichtet, ein Mißverständnis demnach, aber dieses hatte traurige Folgen. Der Arbeiter schickte zunächst den Obmann seiner Kolonne zu dem Schachtmeister, und in ankluger Weise erblickte der Obmann seine Aufgabe darin, dem Schachtmeister „ein Ultimatum zu stellen", nach dem der Meister sich bei jenem Arbeiter entschuldigen sollte. Dem „Ultimatum" wurde keine Folge geleistet und damit waren die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Anstatt zu schlichten, schürte der Obmann das Feuer; es stand fest, der Meister mußte „verhauen" werden. Der Obmann wies dem sich bedroht und beleidigt fühlenden Arbeiter einen Platz an, wo er nach der Mittagspause den Schachtmeister stellen sollte; er sorgte auch dafür, daß die nötige Zahl Helfer anwesend war, und gab den Arbeitern, die nach seiner Meinung dem Meister nicht übel gesinnt waren, den vorsorglichen Rat, sich abseits zu halten, damit sie nachher von nichts wüßten. In Befolgung dieses Kriegsplans ist jener Arbeiter dann mit dem Meister aneinandergeraten, 20 bis 30 Mann haben sich zusammengerottet, haben den Meister schlimm zugerichtet und schließlich in einen Graben geworfen. Damit schien die Ehre des Arbeiters gerettet; aber nun kam das dicke Ende in Gestalt einer Strafanzeige, die sich in der Verhandlung vor dem Strafrichter auswirkte. Scharf geißelte der Staatsanwalt die Gefährlichkeit solcher Zusammenrottungen, bei denen man nie das Ende und die Folgen voraussehen kann. Sämtlich fünf Angeklagte hielt er für überführt und des Landfriedensbruchs schuldig; drei von ihnen seien als „Mitläufer zu betrachten und gegen diese beantrage er die gesetzliche Mindeststrafe; je 3 Monate Gefängnis. Die beidern andern bezeichnete er als Rädelsführer, gegenüber dem Obmann lautete sein Antrag auf acht Monate Gefängnis und gegenüber dem andern Arbeiter, dem eigentlichen Urheber, der einschlägig vorbestraft ist, auf ein Jahr Zuchthaus. Aberkennung der Ehrenrechte und Stellung unter Polizeiaufsicht. (!)

Auch der Vorsitzende fand bei der Urteilsverkündung scharfe Worte für das Gefährliche und Rohe eines solch unverantwortlichen Beginnens. Besonders der Obmann, der Drahtzieher der ganzen Sache, mußte eine sehr deutliche Kritik an seiner merkwürdigen Auffassung über die Tätigkeit eines Obmanns anhören. Ihn und den Arbeiter, gegen den Zuchthausstrafe beantragt war, bezeichnete das Urteil als die Rädelsführer; beide erhielten eine Gefängnisstrafe von je acht Monaten. Zwei der übrigen Angeklagten wurden mit je drei Monaten Gefängnis bestraft und einer wurde freigesprochen."

Daß so ein bürgerliches Käseblatt wie der „General-Anzeiger" den Fall in einem solch ironischen Tone bringt, ist weiter nicht verwunderlich. Für uns ist nur das bedauerlich, daß das ganze Proletariat noch nicht zu der Einsicht gekommen ist, solche Methoden, wie sie die Proleten in Zülpich anwendeten, als Klasse gegen seine großen und kleinen Ausbeuter anzuwenden. Wie richtig die Proleten in diesem Fall handelten, zeigt am besten die Strenge des Urteils. Das Proletariat aber hat die Aufgabe, sich in den Betriebs-Organisationen eine Waffe zu schmieden, mit welcher es am besten sich seiner Ausbeuter entledigen und die Produktionsmittel in seinen Besitz nehmen kann.

Elberfeld

In einer der üblichen Beschimpfungsserien zwischen den beiden hiesigen „Arbeiterzeitungen" schließt das sozialdemokratische Blatt die Diskussion wie folgt:

„Sie (d. h. die „Freiheit", KPD.) bestreitet also nichts! Sie bestreitet nicht, daß die Austritte und Rausschmisse in der Elberfelder KPD. einen derartigen Umfang angenommen haben, daß man von einer „Partei" kaum noch sprechen kann. Sie bestreitet nicht, daß die Elberfelder KPD. kaum noch 200 Mitglieder zählt, worunter sich noch viele befinden, die nur auf dem Papier stehen. Sie bestreitet nicht, daß die Elberfelder Geschäftsstelle der „Freiheit" aufgelöst wurde, weil nur noch ein paar Dutzend Abonnenten vorhanden waren. Sie bestreitet nicht, daß sich die noch vorhandenen Restchen der KPD. untereinander in der witzesten Art bekämpfen und sich mit Messern, Schlagringen, Totschlägern und Rollkommandos die „richtige bolschewistische Linie" beizubringen suchen. Sie bestreitet nicht, daß die Elberfelder KPD. keine politische, sondern nur noch kriminelle Bedeutung hat."

Wenn man auch dem Noske-Reptil die Berechtigung absprechen muß für die Rolle des moralisch Entrüsteten, so trifft das oben Gesagte so zu, daß es keinem hiesigen Arbeiter mit offenem Blick ein Geheimnis ist. Auf die Ursachen braucht hier wohl nicht näher eingegangen werden; sie sind dieselben wie überall, wo die Moskauer Staatsbourgeoisie Filialen hat: ein verzerrter Abklatsch der inneren russischen „Politik". Wie überall hat es Moskau durch seine Stipendiaten fertig gebracht, den großen Kern revolutionärer Arbeiter auf eine Anzahl sich gegenseitig verpfeifender und beschmutzender kleiner Gruppen von Radauhelden zu reduzieren.

Aus der Internationale

Oesterreich

Vor Schober auf dem Bauch.

Wien, den 9. September.

Nach den Zusammenstößen zwischen Schutzbund und Heimwehr in St. Lorenzen, über die wir in der „KAZ." berichtet haben, erließ der Polizeipräsident und Kosakenhetman Schober eine Aeußerung, wonach die Staatsgewalt nur durch wildrige Zufälle in diesem Fall versagt hätte, im übrigen aber stark genug sei, um jeden Putschversuch, von welcher Seite immer, im Keime zu ersticken. Diese rein phrasenhafte Auslassung, die natürlich nicht das geringste daran ändert, daß Schober und Faschismus eins und dasselbe sind, wurde von der man völlig pervers gewordenen Sozialdemokratie mit Tränen der Rührung und der Begeisterung aufgenommen. Die Staatsgewalt, die Putsche verhindert, der heilige, schöne, brave Staat, der über den Klassen steht, warf sich augenblicklich auf ihren Fettbauch vor Schober, seinem Streiter. Eigentlich waren sie ja immer gute Freunde, Schober und die Sozis: als er im Jahre 1919 gehen wollte, baten sie ihn mit aufgehobenen Händen, zu bleiben, da er der beste Beamte der Republik wäre. Er blieb und rettete ihnen am 15. Juni 1919 durch die Salven in der Hörlgasse die Diktatur über das Proletariat. Auch in den späteren Jahren ersetzte er ihnen treu und bieder den Zörgiebel, ließ sich für sie einen Blutbund schimpfen, verteidigte wacker das „rote Wien" gegen die Arbeitslosen wie gegen die Julikämpfer. Trotzdem bestand zwischen ihm und der SP. seit dem 15. Juli, wo er ihr zu forsch vorging, eine Art Schmollverhältnis. Seitz, der „Landeshauptmann", der eigentlich der Vorgesetzte Schobers sein sollte, war mit seinem Polizeipräsidenten böse, nicht einmal der formelle amtliche Verkehr bestand, wie man jetzt erfährt. Wie also sollten nun die Fäden wieder angeknüpft werden? Der linkssozialdemokratische „Abend" ließ den wackeren Schober zuerst hochleben, der es den Heimwehren schon zeigen wird, die halbsozialdemokratische „Stunde" brachte die Bilder von Seitz und Schober mit einem Versöhnungsartikel, und seither kriecht die Partei offiziell vor Schober auf dem Bauch, schenkt ihm die Straßenpolizei, um die ein Streit ging, und das alles in der morbhimistischen Vorstellung, daß Polizei und Heimwehr, die **gemeinsame Waffenlager** haben, nun einander bekämpfen werden, um die SP. aus dem Feuer zu ziehen!

In dem „Kampf", der bis jetzt nur von einer Seite geführt wird, ist als neues Schlagwort die „Verfassungsreform" aufgetaucht. Der Bundespräsident soll das Recht haben, die Minister ein- und das Parlament nach Bedarf abzusetzen; eine Reform, durch die Seipel, der dann selbst Bundespräsident werden möchte, sich zum Diktator machen will. Auch nach dieser Verfassungsreform schmapft die Sozialdemokratie gierig, da sie hofft, in den Faschismus hineingelassen zu werden, wenn sie sich brav verhält und beim Uebergang zweckentsprechend mittut. Renner, Mitarbeiter fast sämtlicher kapitalistischer Blätter Oesterreichs, erklärt selbst die Verfassung als reformbedürftig; gibt Tips und macht Stimmung. Aus der Nähe besehen ist der Faschismus gar nichts so Arges, man wird auch dann „Arbeitervertreter" brauchen, man muß es nur verstehen, sich rechtzeitig den „geänderten Verhältnissen anzupassen", wie Renner sagt. — Warum unterstützt die Bourgeoisie, die mit einer sochen Sozialdemokratie ausgerüstet ist, überhaupt den Faschismus? Wozu braucht sie ihn? Erstens zur Niederhaltung des Proletariats selbst, wenn es seinen Führern eines Tages ausbrechen sollte, zweitens wegen ausländischen Krediten und Kapitalanlagen, die heute fast nur mehr faschistischen Ländern zufließen, drittens, weil ihr die Sozialdemokratie zu pazifistisch ist und sie ohne Erweckung des Nationalismus das Proletariat im nächsten Krieg nicht mitbekommt. Die Rothschilds und Siegharts, die Finanz und der Industriellenverband wissen, wofür sie ihre Milliarden hergeben, sie kennen das Ziel und sie werden es erreichen, wenn das Proletariat nicht zum bewaffneten Aufstand schreitet. Die Sozialdemokratie wird es nicht retten, sie rettet ihre Posten und verkriecht sich hinter Schober.

Frankreich

Eine neue kommunistische Zeitung.

In Frankreich hat die Gruppe kommunistischer Arbeiter ein eigenes Organ, den „L'Ouvriee Communiste", gegründet, dessen erste Nummer jetzt erschienen ist. In einem Artikel ist die antiparlamentarische Einstellung der Organisation klargelegt und zwar unter Zugrundelegung der Thesen, welche Bordiga ausgearbeitet hat. Außerdem sind die Thesen selbst veröffentlicht. Die antiparlamentarische Einstellung ist durchaus prinzipiell und keineswegs taktisch begründet. Es ist durchaus lohnend, den Artikel oder die Thesen in einer Uebersetzung zu bringen. Der ideologische Anschluß an Gorter und Pannekoek wird stark betont und der Gegensatz zum Leninismus scharf herausgearbeitet. Trotzdem wird eine kritische Stellungnahme unserer Organisation durchaus notwendig sein. Es bedeutet aber schon einen ungeheuren Fortschritt, daß sich auch in Frankreich revolutionäre Arbeiter gefunden haben, die den Bruch mit dem Leninismus vollzogen und sich weitgehend der Auffassung der KAPD. genähert haben. Wir begrüßen daher ganz besonders das neue Bruderorgan.

Bücher-Ecke

Empfehlenswerte neue Bücher:

Rudolf Franz: „Freidenkergeschichten aus der Weltliteratur". 312 Seiten, geb. 4,50 Mk.

Kläber, Becher u. a.: „Der Krieg". 144 Seiten, Halbl. 2,50 Mk., Leinen 3,20 Mk.

Hans Ostwald, „Das Zillebuch". 441 Seiten, kart. 3,75 Mk., Leinen 4,80 Mk.

Ogniew: „Kostia Riabzew auf der Universität". 272 Seiten, kart. 4,50 Mk., Leinen 5.—Mk.

Alfred Polgar: „Hinterland". 273 Seiten, Leinen 8.— Mk.

Sawinkow: „Erinnerungen eines Terroristen". 219 Seiten, Leinen 4,80 Mk.

Radionow-Tarasow: „Februar". 272 Seiten, brosch. 6.— Mk., Leinen 9.— Mk.

Bielch. „Die Renublik der Strolche". 500 Seiten, kart. 4,50 Mk., Leinen 6.— Mk.

Heinrich Brandt. „Trommelfeuer". 202 Seiten, kart 2,80 Mk., Halbl. 4.— Mk.

Henry Barbusse. „Das Feuer". 490 Seiten, Leinen 7,50 Mk.

Lehmann-Rossbüldt. „Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie". 82 Seiten, kart. 1.— Mk.

Sinclair Lewis, „Der Mann, der den Präsidenten kannte". 221 Seiten, kart. 5.— Mk., Leinen 8.— Mk.

Jack London. „Die Herrin des großen Hauses". 310 Seiten. kart. 3.— Mk., Leinen 4,80 Mk.

Emil Ludwig. „Juli 1914". 242 Seiten, kart. 3,80 Mk.

Ivan Olbracht. „Anna, der Roman einer Arbeiterin", 352 Seiten, kart. 3,50 Mk., Leinen 5.— Mk.

Friedrich Pollock. „Die planwirtschaftlichen Versuche der Sowjetunion", 409 S., brosch. 13,50 Mk., Leinen 15.— Mk.

Dr. Wilh. Reich. „Sexualerregung und Sexualbefriedigung", 68 Seiten, brosch. 0,70 Mk.

Upton Sinclair. „Boston". 798 Seiten, kart. 4,80 Mk., Leinen 7.— Mk.

Wollenberg. „Als Rotgardist vor München". 159 Seiten, brosch. 2.— Mk., Halbl. 2,50 Mk.

Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36
Lausitzer Platz 13.

Gebundene Jahrgänge der „KAZ."

Vorrätig ab 1924. Jeder Jahrgang 12.— Mark. Jahrgang 1928 9.— Mark. Genossen unserer Bewegung erhalten bedeutende Preisermäßigung.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung für Arbeiter-Literatur
Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Chronik

Nach der Arbeitslosenversicherung die Krankenversicherung. Als das Schwerkapital sah, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften seinem Angriff auf die Arbeitslosenversicherung Schritt für Schritt nachgaben, machte es auch gleich einen Vorstoß gegen die Krankenversicherung. Und flugs setzte sich Herr Wissell hin und entwirft einen Entwurf zur „Reform" der Reichsversicherungsordnung! Noch im Laufe des September wird er fertig sein. Zu Beginn des Winters soll er an den Reichstag gehen. — Merkt ihr noch nichts, Proletarier?

Fette Pfründen in Genf. Für die Richter des dem Völkerbund angegliederten „Internationalen Gerichtshof" wurden die Gehälter für Richter auf **76 000 Mk.** jährlich festgesetzt. Der Gerichtspräsident bekommt **100 000 Mk.** jährlich. Jedes Land stellt einen Richter, der meistens wohl ein „bewährter" Parlamentarier sein wird. Deutschland liefert wahrscheinlich einen Sozialdemokraten. Es lohnt sich wirklich — die parlamentarisch-republikschützerische Einstellung, denn jedes Land hat noch einige fette Pfründen in Genf.

Der organisierte Mord in Gastonia (Nordkarolina) macht Fortschritte. Es wurden abermals Wortführer der streikenden Textilarbeiter verhaftet, denen man, wie auch den schon länger Verhafteten, den Prozeß nach dem System Sacco und Vanzetti zu machen gedenkt. Eine Bande von dunklen Existenzen, vom Kapital extra zu Ueberfällen gekauft, überfiel auf der Landstraße Streikende und erschoß eine Frau, eine Mutter von vier kleinen Kindern. Polizei und Gerichte stehen eindeutig als gekaufte Schergen auf der Seite der Unternehmer.

Amerikanische Polizisten als Alkoholverkäufer. Das amerikanische Bundesprohibitionsamt gibt bekannt, daß 62 Mitglieder der Polizei in Los Angeles, darunter ein Hauptmann, sich zusammengetan haben, um von den Alkoholschmugglern einen Tribut zu erpressen. Im letzte Woche verhafteten Schmuggler gab 24 Polizisten an, die die von ihnen beschlagnahmten alkoholischen Getränke weiter verkauften, statt sie zu vernichten.

Was Wohltätigkeit einbringt. Durch die sozialdemokratische Presse macht folgende Notiz die Runde: Ein Wohltäter. Der in Hove in England verstorbene Zigarettenfabrikant und Philantrop Bernhard Baron hat, die testamentarischen Verfügungen nicht einzeschlossen, während der letzten 10 Jahre etwa 40 Millionen Mark für wohltätige Zwecke gestiftet. Baron stand der Arbeiterpartei nahe. Er war russischer Abkunft und bezann sein Leben als Tabakarbeiter in Amerika. — Wenn es solchen Leuten nicht so glückte, oder wenn sie der Arbeiterpartei nicht nahe standen, nannte sie diese Presse gemeinhin ostjüdische Schmorrer. — Die „Wohltätigkeit" ernährt nicht nur ihren Mann, sie scheffelt auch noch Millionen für die Nachkommen.

Organisatorische Mitteilungen

Ortsgruppe Weißenfels.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Tivolvi, Schloßgasse, öffentliche Diskussionsabende statt.

Ortsgruppe München.

KAP., RBO. u. KAI. Zusammenkünfte: Alle Freitage, 7.30 Uhr im „Schillerhof", Schillerstr. 123. Vorträge, Gruppenabende, Zahlabende. Die „KAZ." liegt dort aus.

Ortsgruppe Bonn.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend bei Gen. Förderan, Doetschstr. 5.

Sympathierende und KAZ.-Leser haben Zutritt. Dortselbst können auch die Zeitungen bestellt werden.

Nowawes.

Funktionärsitzung jeden Freitag, 20 Uhr, Lokal Dachs-Höhle, Plantagenstraße 1.

Groß-Berlin

Versammlungskalender Groß-Berlin.

3. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaquetstraße 24.

6. Bezirk.

Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Reibe, Gitschiner Straße 88.

14. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Richard Goder, Weichselstraße 17, Ecke Weserstraße.

15. Bezirk.

Jeden Freitag, nachmittags 5 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstraße 3.

17. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Kusche, Lichtenberg, Marktstraße 7.

21. Bezirk.

Jeden 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Otto Gebauer, Nowawes, Wallstraße.

Die Gemeinschaft proletarischer Freidenker bittet uns, mitzuteilen, daß am **Sonntag, den 22. September,** vorm 10 Uhr, ihre **Weihestunde in der Volksbühne** stattfindet, mit Musik, Männergesang, Weiherede, Rezitation und Sprechchor. Eintritt 1,— Mk., Erwerbslose und Kinder 0,40 Mk.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin-Wittenau. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

10. Jahrg. Nr. 39 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu bestehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7862.

Berlin, September 1929.

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. inkl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,10 und monatlich 0,86 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Kampf um die Macht in Oesterreich

Der Klassenkampf in Oesterreich nimmt immer schärfere Formen an. Die Bourgeoisie ist zur stärksten Offensive übergegangen. Ueberall bereitet sie den Angriff der faschistischen Horden gegen die Arbeiterschaft vor. Für den 29. September ist der Staatsstreich angesetzt. Es geht um das Ganze. Das österreichische Kapital muß wegen der Erhaltung seiner eigenen Existenz den Durchbruch wagen. Vorläufig hofft es noch, daß die österreichische Sozialdemokratie der Auseinandersetzung ausweichen und ihr kampflos die Macht überlassen wird. Sollte dies nicht der Fall sein, so wird es offen zum Bürgerkrieg übergehen.

Der österreichische Faschismus ist nicht mit der deutschen faschistischen Bewegung zu vergleichen, die nur vom deutschen Kapital als Gegenspieler eingesetzt wird, um die Herrschaft des Sozialfaschismus zu sichern. Das österreichische Kapital braucht nicht die Sozialdemokratie zur Aufrechterhaltung seiner Macht, weil es endgültig aufgehört hat, ein Industriestaat zu sein. Es will die Rückkehr zur Agrarwirtschaft als einzige Möglichkeit für eine weitere Fristung seiner Existenz. Das österreichische Kapital kann sich auf die Dauer wegen seines Kapitalmangels und der geringen Aussicht auf eine genügende Kapitalsakkumulation nicht den Luxus der Erhaltung einer konkurrenzfähigen Industrie leisten. Eine Exportmöglichkeit ist trotz der außerordentlich niedrigen Löhne nicht gegeben, weil die es umgebenden Industrieländer Deutschland und Tschechoslowakei mit ihrem riesigen nach den modernsten Rationalisierungsmethoden aufgebauten Industrieapparat und den erheblichen Vorteilen, die eine fast zeitlos durchgeführte Konzentration des Kapitals bietet, auf allen Gebieten zu unterbieten in der Lage sind. Besonders kritisch ist die Situation geworden, als das deutsche Kapital nach dem Zusammenbruch der Konjunktur des Jahres 1924 zu einer rücksichtslosen Exportsteigerung mit dem schärfsten Dumping überging. Der Binnenmarkt zeigte geringe Aufnahmefähigkeit. Die Bauernschaft boykottierte die Industriezeugnisse. Neue Absatzmärkte konnten wegen der übermächtigen ausländischen Konkurrenz nicht erschlossen werden. Die industrielle Reservearmee stieg. Der Industrieapparat zeigte sich immer mehr als eine starke Belastung. Die Versuche, größere Anleihen im Ausland zwecks Ausbaus der Industrie anzunehmen, scheiterten vollkommen, so daß das österreichische Kapital auf sich selbst angewiesen war. Wenn es noch weiter eine Rolle als Industriewirtschaft führen will, muß es vor allen Dingen für Absatzmöglichkeiten sorgen. Deshalb wurde wieder der Gedanke an einen Anschluß an bestehende Mächtegruppierungen aktuell. Es hatte nur Zweck und war möglich, wenn eine leistungsfähige Industrie in die Wagschale geworfen werden konnte. Die Form, in der dieses Ziel verwirklicht werden mußte, hing von der Wahl des Anschlußpartners ab. Ein Zusammenschluß mit dem deutschen Kapital kam aus zwei Gründen nicht in Frage. Einmal stand ihm das Verbot der Entente entgegen, das nicht zu durchbrechen war. Dann wies die deutsche Wirtschaft von allen tonangebenden Mächten den höchsten Entwechslungstand auf. Die österreichische Industrie hätte nach kurzer Zeit wegen ihrer Konkurrenzunfähigkeit die Betriebe schließen müssen oder wäre von dem übermächtigen deutschen Kapital aufgesaugt worden, zumal ja auf Grund des Zusammenschlusses die Löhne der österreichischen Arbeiter den deutschen Löhnen hätten angepaßt werden müssen. Deshalb hatte das österr. Kapital schon lange diese Pläne der ersten Nachkriegszeit aufgegeben. Lediglich die SPOe. machte Propaganda für den Anschluß, weil sie daraus gewerkschaftliche Erfolge erwartete. Die deutsche Sozialdemokratie hatte gegen diesen Machtzuwachs nichts einzuwenden. Sie hoffte auf diese Weise eine Stärkung ihrer Machtposition gegenüber dem deutschen Kapital zu erzielen. Das deutsche Kapital hat keine besondere Veranlassung, sich für den Anschluß einzusetzen, da für es keine wirtschaftlichen Vorteile, eher noch eine Belastung herauskommen.

Aus diesen Gründen suchte das österreichische Kapital mit den sog. Nachfolgestaaten außer Ungarn und mit Italien Verbindung, zumal, da sie auch in ihrer industriellen Struktur mehr dem österreichischen Stand entsprachen. Sie basierten auch sämtlich auf niedrigen Arbeitslöhnen. Ihre Herrschaftsmethode ist bis auf die Tschechei der nackte Faschismus. Diese Methode ist den zurückgebliebenen Industriestaaten gemeinsam, da nur durch die brutalste Unterdrückung der notwendige Ausgleich zur Herbeiführung der Konkurrenzfähigkeit erreicht werden kann. Die Wirtschaftsdemokratie und ihr Ausdruck, der Sozialfaschismus, ist wegen des geringen Profitspielraums gegenüber der mächtigen Kapitalskonkurrenz nicht möglich, weil sie zu kostspielig ist. Sie ist auch nicht notwendig, weil die Mitarbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nach dem Stand und Verlauf des Wirtschaftsprozesses nicht erforderlich ist. Im Gegenteil, der Reformismus mit seiner Taktik der kleinen Erfolge wirkt nur illusionär. Selbst diese kleine Illusion ist gegenüber der rauhen Wirklichkeit nicht tragbar, weil die mit dem industriellen Rückgang verbundene Entfernung von dem Weltstandard immer größer wird und die Verkürzung der Reallöhne immer stärker sein muß. Da hilft nur die äußerste Diktatur.

In diesem Stadium befindet sich die österreichische Wirtschaft. Der Pakt mit der Sozialdemokratie ist endgültig zerrissen. Die Nebeneinander gibt es nicht mehr, für ein Gegeneinander. Das österreichische Kapital sucht keinen Kompromiß. Es hat genug vom Fortwursteln und es kann auch den Kampf nicht mehr verzögern, weil jeder Tag kostbar ist. Die Sozialdemokratie ist in sich ge-

Kampf dem Wahlrummel

Die bürgerlichen, sozialdemokratischen und „kommunistischen" Zeitungen haben bereits wieder den Schwanz an jeder Notiz, an jedem Artikel hängen: Wählt am 17. November so und so, und dann seit ihr raus aus dem Dreck. Die ganze „Politik" steht bereits wieder unter dem Druck der „Wahlen", und wenn es auch nur Kommunalwahlen sind.

Zweifellos ein vorzügliches Mittel, die Massen wieder und immer wieder abzulenken von den Fragen, die für sie ihr Schicksal, ihre Zukunft entscheiden. Das Wahltheater mit seinen Karnevalsmätzchen, die parlamentarischen Seelenfänger, die sich in Wahlversammlungen erbitterte „Kämpfe" liefern, sollen vortäuschen, daß durch den parlamentarischen Humbug die Kapitalsoffensive gebrochen, der Hunger der Arbeiterklasse gebannt, die täglich unerträglicher werdende Ausbeutung irgendwie gemildert werden könnte.

Die alte Gaunerin mit dem Rekord im Massenbetrug, die Sozialdemokratie, zählt jeden Tag langweilig auf, wie viel Blumentöpfe mehr „errungen", wieviel Badeanstalten mehr gebaut, wieviel nette Häuser und Häuschen entstanden sind zu Nutz und Frommen des Proletariats, und daß man für eine starke Fraktion dieser roten Heinzelmännchen sorgen müsse, damit das große Werk nicht ins Stocken gerät.

In der Tat: Es gibt keine Wohnungsnot mehr! Es gibt Neubauwohnungen mit allem Komfort, ohne „Wohnungsberechtigungsschein", je nach Bedarf. Nur — die Hunderttausende, die keine Wohnung haben, haben kein Geld, sie zu bezahlen. Die roten Heinzelmännchen kochen eben auch mit kapitalistischem Wasser. Der Profit ist die Seele vom Geschäft, auch hier, daran wollen und können die Bonzen der Parteien nichts ändern. Zum Bauen gehört Kapital, und Kapital flieht, wenn die Zinsen nicht blühen. Die Proleten mit ihren lächerlich geringen „Löhnen" oder ihrer „Unterstützung" können sich die Errungenschaften der sozialdemokratischen Schwätzer von draußen ansehen, oder in den illustrierten Zeitschriften, und dann in ihre Wanzenbuden pilgern, mit dem erhabenen Gefühl, daß es doch vorwärts geht für die. — die Geld haben, vor allen Dingen für die Angestellten dieser Demokratie.

Die KPD. ist viel „radikaler". Sie verlangt wieder einmal die „Beschlagnahme" der Bürgerwohnungen, und die Einquartierung der Arbeiter in diese Wohnungen. Dann eine „ausreichende" Unterstützung der Erwerbslosen. Die Unterstützung streikender und gemaßregelter Arbeiter durch die Kommune. Ueberführung der städtischen Betriebe in kommunale Regie unter Leitung der gewählten Vertreter der Arbeiterschaft usw.

Hier haben wir das famose Programm, wie man ohne Revolution aus dem Dilemma kommt. Mit dem Stimmzettel geht das alles. Wenn man erst die „städtischen Betriebe" unter „kommunale Leitung gestellt" hat, ist man schon auf dem halben Wege nach Rom. Dann kann man doch auch die übrige Industrie unter die „Leitung der Vertreter der Arbeiterschaft stellen". Alle Not wird behoben mit Hilfe des Stimmzettels. Die Erwerbslosen quartieren sich in die Villen der Kapitalisten ein. Für „ausreichende Unterstützung" wird gesorgt, oder für „ausreichende Arbeitsbeschaffung" und „ausreichende Löhne" durch die Kommune. Wir nehmen nicht an, daß die Löhne von den „Arbeitervertretern" niedriger festgesetzt werden, als die ihren selbst. Hei, wird das ein Leben werden! Wählt KPD.!

Wir wissen sehr wohl, daß das alles „nicht so gemeint" ist. Daß man mit diesen Forderungen die Massen nur „zum Kampf" bringen will. Wir verfolgen schon zehn Jahre diese Korkenzieherpolitik mit dem Erfolg, daß die verwirrten Massen den Betrug nie ahnen und daraus die Lehre ziehen, daß die KPD. nur eine recht jämmerliche Konkurrenz der Noskepartei ist. Auf diese Weise wird den vorwärtsdrängenden Arbeitern der einzige Ausweg verrammelt, die Erkenntnis immer wieder von neuem verdunkelt, daß mit diesem parlamentarischen Froschmäusekrieg nur die Kraft des Proletariats verzettelt wird. Daß es in dieser Ordnung keinen Ausweg gibt, daß der einzige Ausweg der Kampf für die Beseitigung dieser Ordnung ist.

Ein Beispiel dafür ist gerade der Blumentopfsozialismus in Oesterreich. Die österreichische Sozialdemokratie hat es zweifellos verstanden, mit der Utopie des „konstruktiven Sozialismus" die Massen der Arbeiter jahrelang auch noch nach dem Kriege zu ködern, sie von einem wirklichen Kampf abzuhalten. Die Bourgeoisie konnte sich eine tatkräftigere Hilfe gar nicht wünschen. Sie sammelte ihre Kräfte, um dem österreichischen Proletariat im Juli 1927 die erste Schlacht zu liefern, es blutig niederzukartätschen, nachdem es durch die Sozialdemokratie erst entwaffnet wurde. Nachdem organisierte die Bourgeoisie vor aller Augen ihre bewaffneten Banden, um selbst den Plunder von Demokratie — diese lächerliche Attrappe, nur für die Täuschung der Arbeitermassen berechnet, — zu zerschlagen. In jedem kritischen Augenblick stand die Sozialdemokratie an der Seite des Klassenfeindes. Nun, wo es auf Biegen oder Brechen geht, ist die Sozialdemokratie natürlich bereit, ihren Blumentopfsozialismus dranzugeben, um des „Friedens" willen. Weiter will die Bourgeoisie auch gar nichts. Sie will das Proletariat in aller Ruhe ausbeuten bis aufs Blut, um es dann wie eine ausgequetschte Zitrone beiseite zu werfen.

Das Proletariat verzögert nur die Sammlung der eigenen Kräfte, wenn es immer und immer wieder den hoffnungslosen Versuch macht, mit kapitalistisch parlamentarischen Mitteln an einer Ordnung herumzupfuschen, die hoffnungslos festgefahren ist. Die Verwaltungen in den Städten sind nur Teile der gesamten kapitalistischen Ausbeuterorganisation. Sie können losgelöst nichts beginnen, können sich den Gesetzen dieser Ordnung des Profits nicht entziehen. Die Massen der Erwerbslosen spüren das momentan deutlich genug. Ihre „Fürsorge" wird entschieden in den Dunkelkammern des Reichstages durch die Macht der Trust- und Monopolgewaltigen, die immer bereit sind, diese Demokratie in den Orkus zu stoßen, wenn sie als Schamfetzen raffiniertester Arbeiterschinderei ihren Zweck nicht mehr erfüllt. Und Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind immer wieder zu neuem „Kompromiß" bereit, um „Volk und Wirtschaft" vor „Erschütterungen" zu bewahren. Sie brauchen zu ihrer Existenz diese Demokratie und ihre Affentänze wie der Frosch den Sumpf.

Das Proletariat jedoch hat keine Veranlassung, sich immer von neuem selbst zu täuschen. Es muß diesem Wahlrummel wie allen parlamentarischen Manövern seine Klassenpolitik entgegenstellen, deren Leitmotiv sein muß, das Proletariat für die Aktion von unten auf zu sammeln zum Angriff auf die kapitalistische Ordnung und ihre Zertrümmerung. Nur durch den Sturz der kapitalistischen Klasse wird der Weg frei zum Aufbau einer Gesellschaftsordnung, in der die Massen nicht mehr durch das profithungrige Kapital genordet werden, sondern in der diejenigen die Früchte der Arbeit verzehren können, die diese Arbeit leisten.